

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeiger Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 8. **Sonnabend, den 25. Februar 1911.** 15. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Unsere Mitgliederbewegung. — Der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung. II. — Der Steinhauer an der Arbeit. — Zur Frauenfrage. — Sie lügen wie die Teufel... — Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Pflastersteinsammlung. VIII. — Eine Steinarbeiterversammlung in Mayen (Rheinland). — Sommern. — Schallende Ohrfeigen. — Korrespondenzen. — Literarisches.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperert sind: Sulzfeld (Bad.): Firma Jakob Kern. — Demitz-Thumitz: Die Firmen Döde & Forke und Eisold. — Balduinstein: Zementfabrik Hemminge. — Dresden: Granitwerk Reil & Komp. — Eschershausen: Platz Rütthardt. — Holzen: Hils' Dolomit- und Kalkwerk. — Kottenheim (Rheinland): Firma Kornelius Pödel. — Ettlingen b. Mayen (Rheinland): Firma Gebr. Ott. — Granitbezirk an der Bergstraße (Odenwald). — Laufamholz (Bruchbetrieb): Firma Lachner.

Reichenbach im Odenwald. Die Firma Deutsche Steinindustrie verlangte von den Kollegen eine schriftliche Erklärung dahingehend, daß die Hilfsarbeiter während dem Bestehen des Steinmeß- und Schleifertarifs keine Lohnforderungen und auch keine Massenkündigung vornehmen. Diese Forderung der Firma wurde natürlich abgelehnt. Deshalb wurden unsere Verbandsmitglieder ausgesperrt.

Bederwitz bei Cunewalde. Die Kollegen der Firma S. Pagen haben am 1. Februar den Tarif gekündigt. Die Annahme des neuen Tarifes wurde vom Firmeninhaber verweigert.

Netten. Bei der Firma Gebr. Steininger sind Differenzen ausgebrochen. Es wird dort weit unter Tarif bezahlt. Die Angelegenheit ist dem Schiedsgerichte unterbreitet. Der Betrieb ist deshalb zu meiden.

Erfurt. Die eingereichten Forderungen auf den gekündigten Tarif, der mit dem 1. März sein Ende erreicht, werden von den Unternehmern C. Walther und C. A. Merkels Nachfg. strikte abgelehnt. Die reisenden Kollegen wollen dieses beachten.

Leipzig. Die Granitarbeiter stehen in Lohnbewegung. Die in Frage kommenden Unternehmer haben sich bisher nicht geäußert. Kollegen, die auf Arbeit am Ort reflektieren, haben sich vorher beim Vertrauensmann zu melden.

Bad Nibling. Hier wurde ein neuer Tarif vereinbart. Die Stundenlöhne sind um 4 Pfg. aufgebessert. Für die Akkordarbeiten wird der Tarif von Kiefersfelden zu Grunde gelegt.

Dörsenfurt. In beiden Betrieben der Firma Krämer sen. legten am 11. Februar die Steinmeßen, Kofstierer und Hilfsarbeiter wegen fortgesetzter Umgehung des Tarifs durch den Polier Peter, die Arbeit nieder. Durch Verhandlungen vom 18. Februar ist den Wünschen der Arbeiter Rechnung getragen. Die Arbeit ist wieder aufgenommen.

Jena. Mit der Firma Konradus wurde der Tarifvertrag mit einigen Verbesserungen auf 2 Jahre abgeschlossen.

Gesperert sind: Böhmen: Karlsbad. — Steiermark: Die Firma Schrödl wegen Tarifbruch. — Oesterreichisch-Schlesien: Von der Genossenschaft der Steinindustriellen, welcher die Betriebe in den Orten Friedberg, Klein-Krosse, Rotwasser, Sehdorf und Schwarzwasser angehören, wurde der Lohnarif gekündigt; es kommen 1293 Arbeiter in Betracht. — Kroatien: In Agram allgemeiner Streik. — Schweiz: Surava, Basel, Zürich.

Unsere Mitgliederbewegung.

Das Jahr 1910 hat, soweit wir es bis jetzt übersehen konnten, den meisten Gewerkschaften bedeutenden Mitgliederzuwachs gebracht. Auch unsere Organisation kann erfreulicherweise über einen solchen berichten. Wohl sind wir, infolge der Beschaffenheit unsres Rekrutierungsgebiets, an bescheidene Zahlen gewöhnt und einige Tausend sind im Verhältnis zu unsrer bisherigen Mitgliederzahl schon viel. Am 31. Dezember 1909 waren 17 095 Mitglieder und am 31. Dezember 1910 22 416 Mitglieder in unsrer Organisation zu verzeichnen. Das ist eine Zunahme gegen das Vorjahr von 5321 Mitgliedern, gleich 31 Prozent. Von den 22 416 waren 35 weibliche Mitglieder. Dieser Zuwachs von 31 Prozent ist nicht zum wenigsten den Beschlüssen unsrer Generalversammlung 1910 zuzuschreiben; denn die Beitragsstaffelung, dem

Verdienst angepaßt, ermöglicht nunmehr auch dem schlechtentlohnten Steinarbeiter, sich seiner Berufsorganisation anzuschließen. Freilich ist auch die Arbeitsgelegenheit etwas besser als im Jahre 1909. Unfern in der Agitation tätigen Kollegen werden die angegebenen Zahlen selbstredend nicht genügen, sondern ein Ansporn sein, mit Beginn der besseren Jahreszeit alles daran zu setzen, um die noch fernstehenden Tausende unsrer Berufsgenossen für den Organisationsgedanken der freien Gewerkschaften zu gewinnen. An Agitationsstoff ist wahrhaftig kein Mangel! Im Laufe dieses Jahres müssen wir mindestens noch einmal so viel neue Mitglieder gewinnen wie im verfloßenen Jahre.

Wie die einzelnen Gaue an der Mitgliederzunahme partizipieren, zeigt folgende Tabelle, die auch über die bestehenden Zahlstellen unsres Verbandes unterrichtet:

Gau	Zahlstellen				Mitgliederzahl				Bevölk. d. Gaues
	Bestand am 1. Jan. 1910	Eingegang. 1910	Abgegangen 1910	Bestand am 31. Dez. 1910	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	IV. Quartal	
1. Gau	10	1	—	9	942	1010	1066	1067	—
2. "	20	—	3	23	2632	2857	2987	3113	14
3. "	29	3	2	28	3580	3651	3720	4024	—
4. "	12	—	1	13	848	997	1084	1238	1
5. "	10	—	1	11	338	390	445	428	—
6. "	42	1	3	44	2210	2237	2193	2578	—
7. "	34	5	2	31	964	1070	1471	1482	10
8. "	34	2	7	39	1329	1588	1802	1663	—
9. "	35	3	3	35	1427	1548	1717	1540	7
10. "	40	3	3	40	2264	2354	2676	2865	3
11. "	37	4	8	41	1435	1575	1671	2203	—
Eingez. Zahl. Hauptstelle	—	—	—	—	180	185	208	215	—
	303	22	33	314	18149	19462	21040	22416	35

1. Gau. Berlin. Eine Zunahme von Bedeutung konnte nicht erzielt werden; es fehlt an größeren Steinbruchgebieten. Die Zahlstelle Berlin hat sich allerdings sehr gut entwickelt. Sie zählte im 1. Quartal 743, im 4. Quartal aber 855 Mitglieder.

2. Gau. Striegau. Besonders jugenommen haben im 4. Quartal nachstehende Zahlstellen: Es betrug der Mitgliederbestand in Deutmannsdorf 30 (45*), Häslich 389 (471), Mittelsteine 33 (83), Rüdgers 40 (68), Ströbel 221 (238). — Im Gau ist die Mitgliederzahl von 3000 überschritten. Die Agitation wird sich zukünftig auch auf die Basaltindustrie von Mauer usw. erstrecken müssen.

3. Gau. Dresden. Wir haben hier eine ausge dehnte Steinindustrie. Sandstein und Granit wird etwa zu gleichen Teilen verarbeitet. Der Mitgliederbestand betrug in Demitz-Thumitz 502 (611), Dresden-Pirna 1470 (1565), Königsbrück 46 (59), Königshain 112 (166), Sebnitz 45 (56), Zöblitz 75 (104). Besonders im Lausitzer Granitgebiet haben wir sehr schöne Fortschritte zu verzeichnen. Königshain war schon lange ein Schmerzenskind des Verbandes; jetzt ist die Stabilität gesichert. Große Erfolge können wir in der Umgebung von Demitz-Thumitz noch erzielen. Innerhalb Jahresfrist wurden dort rund 300 neue Mitkämpfer gewonnen.

4. Gau. Leipzig. Der Zuwachs kann nur aus den Granitbezirken kommen. Die Kollegen der Sandsteinbranche sind erfreulicherweise zum größten Teil dem Verbande angeschlossen. Die Mitgliederzunahme fällt in folgenden Zahlstellen auf: Altleben 27 (74), Ködnitz 24 (39), Wurzen 117 (200), Grimma 131 (141). — Im Wurzen und Oschazer Gebiet wird demnächst eine umfassende Agitation einsehen müssen. Die Unglücksfälle in den Steinbrüchen sind horrend; Dividenden werden verteilt, um die die Aktionäre der Hohburger Werke zu heiden sind.

5. Gau. Erfurt. Dieser Gaubezirk hat keine starke Steinindustrie; die Zahlstellen aber gehören zum „eisernen“ Bestand des Verbandes.

6. Gau. Hannover. In diesem ausgedehnten Gau wechseln die Mitgliedsziffern beständig. Aber es geht wiederum vorwärts, besonders in den Pflasterstein- und Schotterwerken. Folgende Zunahmen seien hervor gehoben: Gommern 669 (705), Hamburg II 124 (138), Hasserode 71 (90), Rassel 25 (192), Osterholz 50 (100), Unsen 42 (70), Aulseben wurde neugegründet und hat einen Mitgliederbestand von 135. Solche Erfolge lassen sich hören. Wir ersehen daraus am markantesten, wo wir zu säen und zu ernten haben.

7. Gau. Köln. Die Christlichen kämpfen in diesem Gau mit allen erdenklichen Mitteln. Aber die „Roten“ haben sich einen guten Stamm von Mitgliedern schaffen können, und täglich gewinnen wir neue Streiter. — Plusziffern weisen auf: Brück 114 (128), Bienenbach 7 (22), Düsseldorf 145 (160), Mayen 100 (260). Geradezu auffällig ist der Zuwachs in Mayen selbst. Die Verleumdungen der Gegner waren völlig zwecklos. Auch im Mayener Gebiet marschieren wir ungeküm vorwärts. — In den Zahlstellen, wo Italiener beschäftigt waren, ist die Mitgliederzahl etwas gesunken. Im Winter reisen eben diese Kameraden den heimischen Penaten zu.

* Die Ziffern in Klammern geben den Mitgliederstand im 4. Quartal an.

8. Gau. Mannheim. Der Geschäftsgang in der Sandsteinindustrie war nicht am besten, und in der Hartsteinbranche wurden größere Streiks geführt, so daß die Agitation natürlich sehr leiden mußte. Neugegründet wurde Breitenborn mit 32 Mitgliedern. In diesem Jahre wird sicherlich eine ansehnliche Mitgliederzunahme eintreten.

9. Gau. Karlsruhe. Die Mitgliederzahlen sind im 4. Quartal immer schwankend. Im Schwarzwald verkrümeln sich Mitte November die italienischen Granitarbeiter, und so muß naturgemäß in einigen Zahlstellen die Mitgliederzahl sinken. Zunahmen weisen auf: Straßburg 244 (261) und Heilbronn 121 (129).

10. Gau. Regensburg. In folgenden Zahlstellen sind Zunahmen zu verzeichnen: Blaubeurg 77 (86), Fioß 86 (96), Hof 34 (99), Kirchenlamitz 10 (24), Rofsbach 70 (111), Weissenstadt 164 (186), Selb 102 (120), Rindnach 11 (22). — In Hof und Rofsbach hätte eine solche Zunahme gar nicht eintreten können, wenn nicht die Hilfsarbeiterfrage gelöst wäre.

11. Gau. Würzburg. Hier ist die größte Zunahme zu verzeichnen. Die Muschelkalkindustrie geht sehr flott und die Betriebe liegen nahe aneinander, so daß die Agitation dadurch wesentlich erleichtert wird. Der Tarifabschluß tat sein übriges, um Brechern und Hilfsarbeitern die Augen zu öffnen. Diese Neubelebung im Muschelkalkgebiet farbte natürlich ab auf die Sandsteinbezirke, in welchen ja ein Tarifabschluß bevorsteht. — Mitgliederzunahmen weisen unter andern folgende Zahlstellen auf: Amorbach 8 (17), Eibelsstadt 50 (87), Faulbach 18 (34), Grünsfeld 53 (83), Kirchheim 92 (182), Kleintinderfeld 84 (122), Dörsenfurt 34 (56), Fiegelanger 94 (172). Neugegründet wurden Köllfeld mit 17, Eichenbühl mit 20, Großenbach mit 42 und Rembach mit 24 Mitgliedern. — Je mehr der christliche Sekretär Herr Schebler mit Hilfe der Herren Geistlichen den „roten“ Verband totredet, desto größer sind unsre Erfolge. — Die Steinarbeiter im Gau sind über die freien Gewerkschaften so hinreichend informiert, daß die „Aufklärungsarbeit“ Schedlers recht überflüssig ist. Die Christlichen können im Maingebiet große Erfolge nicht erzielen; unser Verband hat bereits alle wichtigen Positionen besetzt.

Von den eingegangenen Zahlstellen sind nicht alle spurlos von der Bildfläche verschwunden, sondern 10 haben sich nur dem Namen nach aufgelöst und mit Nachbarzahlstellen verschmolzen. Immerhin ist der vollständige Schwund von 12 Zahlstellen bedauerlich. Wo der Organisationsgedanke nur Strohsfeuer ist, da genügen die einfachsten Ursachen, um die Zahlstelle aufzuliegen zu lassen. Diese Tatsache werden wir auch künftig beobachten und auch ferner damit zu rechnen haben. — Die Fluktuation ist verhältnismäßig immer noch sehr groß; so sind allein im 4. Quartal 1910 315 Mitglieder ausges t r e t e n, 516 wurden wegen rückständiger Beiträge gestrichen, 23 wurden ausges ch l o s s e n wegen Verstoß gegen § 5 des Statuts. Das ist ein Verlust von 854 Mitgliedern. Dazu kommen 56 Gestorbene im 4. Quartal. Summa: Abgang von 910 Mitgliedern im 4. Quartal. Diese Zahl hat auf den oben angegebenen Bestand von Mitgliedern am Jahreschluß keinen Einfluß mehr, denn sie sind oben nicht mit inbegriffen! Abgesehen von den Gestorbenen, gehen uns jährlich ca. 2500 Mitglieder auf diese Art verloren. Die Kollegen sehen, daß die Fluktuation noch sehr groß ist, trotz der vorhandenen „Bindemittel“.

Die wegen rückständigen Beiträgen Gestrichenen stellen die höchste Zahl. Hier können die örtlichen Funktionäre, Ortskassierer, Platzkassierer usw., Vorbeugung treffen, indem sie Sorge tragen, daß die Rückstände nicht so sehr anschwellen. Aus den Quartalsabrechnungen vom 4. Quartal 1910 war zu ersehen, daß 1580 Mitglieder mit ihren Beiträgen über 6 Wochen restierten. Die Zahl ist hoch und nach unsrer Erfahrungen wird mindestens ein Drittel davon dem Verband verloren gehen und in der nächsten Quartalsabrechnung glänzen sie als gestrichen, wegen rückständiger Beiträge. Das muß unsrer örtlichen Funktionären zeigen, wo es einzusehen gilt; denn mit vermehrter Aufmerksamkeit kann die Zahl auf ein Minimum beschränkt werden.

Wie die schwankende Arbeitsgelegenheit unsrer Kollegen hin und her schiebt, beweist, daß im 4. Quartal in den Zahlstellen 1164 zureisten und 1932 Kollegen von den einzelnen Zahlstellen abreisten.

Von 314 Zahlstellen erhoben auf den statutenmäßigen Beitrag 165 keinen Lokalaufschlag, während 149 in irgendeiner Form ihren Lokalfonds zu stärken versuchten. So erheben 8 Zahlstellen wöchentlich 2 Pfg. als Lokalaufschlag, 2 Zahlstellen 2½ Pfg. (hier ist 14tägige Lohnzahlung, also zu jeder Periode 5 Pfg.), 82 Zahlstellen wöchentlich 5 Pfg., 34 Zahlstellen 10 Pfg., 7 Zahlstellen 15 Pfg., 6 Zahlstellen 20 Pfg., 3 Zahlstellen 25 Pfg. und 1 Zahlstelle wöchentlich 30 Pfg. Lokalaufschlag; 2 Zahlstellen (Dresden und Leipzig) erheben ihren Beitrag prozentual nach dem Verdienst (2½ Prozent). Ist der Verdienst so niedrig, daß der Markenwert nicht erreicht wird, so ist dieser auf jeden Fall zu entrichten. Die Art Beitragserhebung ist noch ein Ueberbleibsel der früheren Organisationsform. Die Zahlstellen selbst betrachten es

als die gerechteste Beitragserhebung, weil der stärkere Arbeiter zu größerer Leistung herangezogen wird. Man kann darüber geteilter Meinung sein. Diese Zahlstellen haben nun einmal sich jahrelang an dieses System gewöhnt und alte Gewohnheiten sind bekanntlich schwer zu beseitigen. Die Hauptfasse selbst wird ja dadurch nicht geschädigt. Außerdem erheben 2 Zahlstellen monatlich 10 Pfg., 1 Zahlstelle im Quartal 10 Pfg. und eine andere wieder 20 Pfg. im Quartal zur Stärkung ihrer Lokalfasse. Die Zahlstellen, welche keinen Lokalaufschlag erheben, verteilen sich auf die Gauen wie folgt: 1. Gau 2 Orte, 2. Gau 14, 3. Gau 19, 4. Gau 6, 5. Gau 5, 6. Gau 18, 7. Gau 16, 8. Gau 21, 9. Gau 21, 10. Gau 19 und 11. Gau 24 Orte. Ueber die praktische Bedeutung eines Lokalaufschlags ist wohl weiter kein Wort zu verlieren, darüber ist schon genug geschrieben.

Die Mitgliederbewegung zeigt manches, was uns nicht gefallen kann und wo eingegriffen werden muß; sie zeigt aber, daß bei intensiver Verarbeitung die Früchte nicht ausbleiben. Darum frisch ans Werk, Kollegen! Agitieren und organisieren sei unsre Losung, jedes Mitglied ist dazu berufen.

Der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung.

II.
Trotz der günstigen Erfahrungen, die in sehr vielen Fällen mit der Verkürzung der Arbeitszeit gemacht wurden, gibt es noch eine große Menge von Unternehmern, die sich entschließen weigern, einer Arbeitszeitverkürzung in ihrem Betriebe zuzustimmen und nur durch die Gewalt der Arbeiterorganisationen gezwungen werden können, ihren Widerstand aufzugeben. Gewöhnlich wird gegen das Verlangen einer Arbeitszeitverkürzung eingewendet, daß es unmöglich sei, die notwendige Arbeitsmenge in der kürzeren Zeit fertigzustellen. Diesem Einwand ist aber eine besondere Bedeutung nicht beizumessen. Noch stets hat es sich gezeigt, daß nach einer Arbeitszeitverkürzung die Intensität der Arbeit so zunahm, daß die frühere Leistung meist nicht nur erreicht, sondern in manchen Fällen sogar noch überholt wurde. Es sind in dieser Beziehung an verschiedenen Stellen ganz exakte Versuche unternommen worden, insbesondere vom Prof. Abbe in den Zeitwerkstätten in Jena, die stets das gleiche Resultat ergeben haben. Aber selbst dann, wenn hier oder da die Leistung nicht in dem erwarteten Maße steigen sollte, wäre das kein Grund, auf die Verkürzung der Arbeitszeit zu verzichten. In diesem Falle würde die Verkürzung der Arbeitszeit den Erfolg haben, die Zahl der Arbeitslosen zu verringern.

In den meisten Fällen ist es pure Rechthaberei, welche die Unternehmer veranlaßt, sich den Forderungen der Arbeiter entgegenzusetzen. Ihnen spukt noch zu sehr die Idee des Herrn im Hause im Kopfe. Sie meinen eine Arbeitszeitverkürzung schon deshalb ablehnen zu müssen, weil sie der „sozialdemokratischen“ Forderung des Achtstundentags keine Konzession machen wollen. Nun ist es zwar richtig, daß die Sozialdemokraten den Achtstundentag fordern und seine etappenweise Einführung erstreben. Aber diese Forderung ist nicht sozialdemokratischen Ursprungs, sie ist von den größten Denkern ihrer Zeit schon vor Jahrhunderten erhoben worden, lange bevor es eine Sozialdemokratie gab.

Manche Unternehmer hängen ihrer Abneigung gegen die Arbeitszeitverkürzung ein moralisches Mäntelchen um. Sie sagen, die Arbeiter müßten mit der gewonnenen freien Zeit nichts anfangen; sie würden nur länger im Wirtshaus sitzen. Diese Rücksichtnahme auf die moralische Wohlfahrt der Arbeiter ist sehr rührend, aber gänzlich unbegründet. Ueberall dort, wo eine durchgreifende Arbeitszeitverkürzung eingetreten ist, hat der Besuch der Schankstätten nachgelassen. Das ist auch kein Wunder. Wer genügend freie Zeit hat, weiß diese besser zu verwenden als im Wirtshaus sitzen. Gerade die lange Arbeitszeit, verbunden mit niedrigen Löhnen und ungünstigen Wohnungsverhältnissen, begünstigt den Alkoholisismus. Arbeiter, die in so elenden Verhältnissen leben, suchen und finden am leichtesten Trost im Alkohol, während durch die vermehrte Freizeit das Bedürfnis und das Verständnis für höhere Genüsse geweckt wird. — Es gibt, so viele Scheingründe auch sonst noch ins Feld geführt werden können, keinen wirklich stichhaltigen Grund gegen die Arbeitszeitverkürzung.

Um so triftiger sind die Gründe, welche für die Verkürzung der Arbeitszeit sprechen. In erster Linie fordern wird einen möglichst kurz bemessenen Arbeitstag im Interesse unserer Gesundheit. Die Schwindsucht heißt nicht mit Unrecht die Proletarierkrankheit; unter der arbeitenden Bevölkerung findet sie die Mehrzahl ihrer Opfer. Kurze Arbeitszeit, die die Möglichkeit zur ausreichenden Bewegung in freier Luft gewährt, ist das beste Vorbeugungsmittel gegen die Tuberkulose. Mit dem gleichen Mittel lassen sich auch die Schädigungen bekämpfen, welche durch die einseitige Inanspruchnahme gewisser Muskeln beim Arbeitsprozeß entstehen. Je kürzer die Arbeitszeit, desto besser der Stand der Volksgesundheit und desto geringer die Kosten für die Heilbehandlung.

Wir fordern die Arbeitszeitverkürzung, weil wir das Bedürfnis haben, als Menschen zu leben. Wir arbeiten, um uns die Mittel für den Lebensunterhalt zu erwerben. Unser Lebenszweck ist aber mit der Stillung der dringendsten Bedürfnisse erschöpft, wir haben auch ein Recht auf Erholung. Wir brauchen freie Zeit, die der einzelne nach seinem Belieben ausfüllen kann. Der eine hat das Bedürfnis, sich geistig fortzubilden, der andere legt Wert auf Körperkultur und widmet sich diesem oder jenem Sport. Ein Dritter findet, nach dem er tagtäglich in der Werkstatt gefanden hat, abends Erholung bei der Gartenarbeit. So hat wohl schließlich jeder eine Liebhaberei, der er sich aber nur dann widmen kann, wenn die Berufsarbeit nicht ins ungemessene ausgezehrt wird.

Nicht zu vergessen ist die Notwendigkeit einer kurzen Arbeitszeit im Hinblick auf das Familienleben. Der Arbeiter, der morgens früh fortgeht und abends nach getaner Arbeit müde ins Bett sinkt, lernt ja: seine Familienangehörigen kaum kennen. Muß dazu noch, wie das ja nur zu häufig der Fall ist, die Mutter tagüber dem Erwerb nachzugehen, dann ist es kein Wunder, wenn die sich selbst überlassen lassen Kinder verwaisten Was nützt das Hammern der Morastlöcher über den mangelnden Familiensinn, über die Verwahrlosung der Arbeiterjugend, wenn dem Familienvater nicht die Möglichkeit gegeben ist, sich der Erziehung seiner Kinder zu widmen.

Nicht als unwichtigster Grund für das Streben nach Arbeitszeitverkürzung kommt die Eigenschaft des Arbeiters als Staatsbürger in Betracht. Das Gesetz gibt ihm das Recht, sich an den Wahlen zum Reichstag, zum Landtag, zu der Gemeindevorwaltung zu beteiligen. Die Ausübung dieses Rechtes hat aber zur Voraussetzung, daß man sich fortlaufend über die Tätigkeit dieser Körperschaften unterrichtet. Die Politik übt einen weitreichenden Einfluß auf die Lebenshaltung, auf das Wohlergehen der Arbeiterschaft aus, jeder einzelne muß deshalb bestrebt sein, seinerseits die politische Entwicklung zu beeinflussen. Der Wunsch der Schatzmacher geht allerdings dahin, den Arbeiter nur zum Objekt der Gesetzgebung zu machen, aber gerade dagegen müssen wir uns wehren, wir müssen die einmal errungenen Rechte hartnäckig verteidigen und bemüht sein, uns weitere Rechte dazu zu erobern. Der Kampf um die volle politische Gleichberechtigung zwingt uns,

auf eine Verkürzung der Arbeitszeit behaupten zu sein, damit wir die Zeit und die nötige geistige Frische gewinnen, die notwendig ist, diesen Kampf zu führen.

Im engsten Zusammenhang damit steht der gewerkschaftliche Kampf. Jeder Arbeiter hat im eigenen Interesse und im Interesse seiner Familie die Pflicht, eine Besserung seiner materiellen Lage anzustreben, er muß Mitglied seiner Gewerkschaft sein. Es ist ein Beweis unehrlicher Gesinnung, wenn man die Früchte genießt, die der Arbeit anderer entspringen sind und sich selbst von der Beteiligung an dieser Arbeit fernhält. Die Arbeiter des gleichen Berufes müssen die Kollegialität pflegen, nur durch einiges Zusammenwirken können sie Erfolge erringen. Es ist ganz natürlich, daß dort, wo die Arbeitszeit besonders lang ist, die Organisation schwer Boden findet und die Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen am mangelhaftesten sind. Zwischen allen diesen ungünstigen Momenten besteht eine rege Wechselwirkung. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist die Voraussetzung für eine Besserung. Wenn hier Vorschlag liegt, dann ist auch die Möglichkeit gegeben, die andern Mängel zu beseitigen.

Die Unternehmer werden freilich die meisten unserer Gründe für die Arbeitszeitverkürzung nicht anerkennen, und die letztgenannten am allerwenigsten. Wir dürfen nicht erwarten, daß sie uns freiwillig entgegenkommen. Es ist noch immer so gewesen, daß wir uns unsere Rechte erkämpfen müssen. Erfreulicherweise wächst aber das Verständnis für die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation und in je stärkerem Maße die Arbeiter den Gewerkschaften zufließen, um so erfolgreicher kann der Kampf für die Verkürzung der Arbeitszeit geführt werden. Es fehlt leider an einer Statistik, welche die Erfolge des Kampfes um die Arbeitszeitverkürzung für die gesamte Industrie darstellt. Aber aus den Veröffentlichungen der Gewerkschaften über die Erfolge bei ihren Lohnkämpfen, sowie aus den von vielen Organisationen vorgenommenen Berufsstatistiken ist zu ersehen, daß besonders in den letzten Jahrzehnten, seit dem Erstarken der Gewerkschaften, auf dem Gebiete der Arbeitszeitverkürzung großartige Erfolge erzielt wurden. Die langen Arbeitszeiten verschwinden allmählich. Ja, der so arg verpönte Achtstundentag hat schon lange aufgehört eine Utopie zu sein. Nach der vom kaiserlichen Statistischen Amt ausgegebenen Statistik über die Tarifverträge war von dem im Jahre 1909 abgeschlossenen Tarifverträgen in 31 Fällen für 12 870 Personen im Sommer und in 91 Fällen für 15 954 Personen im Winter der Achtstundentag vorgesehen, und für 629 bzw. 45 090 Personen war die Arbeitszeit auf weniger als acht Stunden täglich festgesetzt. Selbst wenn man die kürzere Arbeitszeit im Winter, die hauptsächlich für das Baugewerbe in Betracht kommt, unberücksichtigt läßt, muß man zugeben, daß dank der Gewerkschaftsarbeit der Achtstundentag marschiert.

Der Steinbauer an der Arbeit.

Herr Hofsteinmeiester Albert Burreter, früherer Vorstandsmittglied, jetzt unbesoldeter Gauleiter des Verbandes deutscher Steinmeiester, Besitzer großer Steinbruch- und Steinmeiesterbetriebe in Maulbronn in Württemberg, hat ein Buch mit obigem Titel verfaßt. Nach dem Vorwort soll dasselbe den Zweck haben, Bautechniker und Laien, die durch die Verdrängung des Steinbauerhandwerks von den Städten nach den entlegenen Bruchgebieten die Einsicht in den praktischen Betrieb der Steinbauerei verloren haben, diese wieder zu ermöglichen. Neben vielem Instruktiven, das allerdings nichts Neues ist, enthält das Buch aber vieles, was geeignet ist, bei den Lesern ganz falsche Vorstellungen zu erwecken. Vor allem hammert sich der Verfasser nur einseitig an die Maulbronner Verhältnisse, ohne die riesenhafte Verschiedenartigkeit der Steinindustrie Deutschlands zu berücksichtigen. Dieser Umstand in Verbindung mit dem reichen und anerkanntwertig gediegenen Illustrationsreichtum legt die Vermutung nahe, daß das Buch vornehmlich bestimmt ist, die Aufmerksamkeit auf die Maulbronner Betriebe des Verfassers zu lenken und als Reklameschrift zu wirken. Für den Belehrung Suchenden geht dadurch allerdings aller höhere Wert verloren. Zudem wirkt die vereinzelt Heranziehung anderer Verhältnisse nur verwirrend für den Unkundigen und der angegebene Zweck wird nicht nur nicht erreicht, sondern im Gegenteil, es müssen notwendigerweise ganz falsche Vorstellungen von den Verhältnissen in der Steinbauerei hervorgerufen werden.

Es ist unsre Absicht nicht, eine erschöpfende Widerlegung aller enthaltenen schiefen Darstellungen auf den 96 Seiten des Buches zu unternehmen. Aber wir glauben unsern Kollegen ein kleines Vergnügen zu bereiten, wenn wir einige Ausführungen wiederholen, die stark an humoristische grenzen.

Eingeteilt ist das Werk in vier Kapitel: Steinbauerlehrling, Geselle, Polier und Meister. Im ersten Kapitel wird in instruktiver Weise in Wort und noch mehr in Bild das Handwerkszeug, Aufhängen, Bearbeitungsarten, Transport und Verlegen der fertigen Steine und das sonstige praktische und theoretische Vergegenständlichung des Steinbauerlehrlings mehr oder weniger zutreffend vorgeführt. Unter anderm werden auch 11 (!) Sorten Steine angeführt, die der Steinbauerlehrling kennen lernen muß. Die fünf angeführten Sandsteinarten werden nach dem Verfasser meist zu Hausfassaden verwendet, Kalkstein und Schotter zum Kalkbrennen, Granit und Gneis zu Wasser- und Brückenbauten, Syenit, Marmor und Savoniere zu Monumentalbauten und Denkmälern. Scheinbar etwas verstimmt wird berichtet, daß in neuerer Zeit auch Muschelkalkstein zu Hausfassaden verwendet wird, aber es wäre abzuwarten, wie sich Kalkstein bei Bränden bewähre, weil zu befürchten ist, daß, wenn Wasser auf die heißen Kalksteine gespritzt wird, diese abbläsen und zu Regenfällen zerfallen. Der Witz ist nicht schlecht.

Das erste Kapitel schließt mit der Feststellung, daß der Lehrling nach bestandener Gesellenprüfung Diplom und Wanderbuch erhält. Und nun zieht er im zweiten Kapitel, „Stolz auf das Erreungene, mit frohem Mut in die Welt!“ Der Derbergsvater gibt ihm Auskunft über die offenen Stellen, und da es auf den Rathhäusern auch Arbeitsnachweise gibt, so fällt es nicht schwer, Arbeit zu finden. Vor den Meister soll der Geselle dann hinstreten, brav die Mühle in der Hand, und sprechen: „Gott segne das Steinbauerhandwerk! Ein fremder Steinbauer spricht um Arbeit zu!“ Leider werde aber heute diese schöne Sitte nicht mehr beachtet, und der Geselle treibe sich häufig mit der Zigarre im Munde und den Händen in den Hosentaschen solange auf dem Wertplatz herum, bis er vom Polier „gefeilt“ wird und diesem auf seine Frage nach seinem Begehre höhnisch antwortet: „Schaffen will ich da!“ (!)

Weiter heißt es, ein Steinbauer, der bestrebt war, in seiner Lehrzeit etwas Nützliches zu lernen, verdient immerhin ein schönes Stück Geld, und es ist dann recht gut, wenn er sich viel spart; Gelegenheit, um Einlagen zu machen, gibt es überall. Ganz richtig! Aber nicht überall gibt es Gelegenheit, von dem großen Lohn etwas übrig zu behalten.

Zu den Lohnverhältnissen bemerkt der Verfasser, daß in Deutschland meist im Accord gearbeitet wird. Der Accordpreis wird nach vorheriger Vereinbarung ins Accordbuch eingetragen. In größeren Städten bestünden feste Tarife, die zwischen den Innungen und den Gesellen vereinbart worden sind. Es lohnt sich nicht, darauf näher einzugehen. Unfre Kollegen werden aber mit Hinblick auf ihre Erfahrungen über die Vereinbarungen, das Accordbuch, die Ursachen der Tarife usw., ihre eigenen Gedanken haben.

Am interessantesten wird nun aber der Herr Hofsteinmeiester, wenn er sich an die Erläuterung der Tarifberechnungsweise macht. Es mutet einen bald an, als wenn der Verfasser das Gegeneinander seines großen Maulbronner Landmannes,

Dr. Faust, studiert hätte, und das es ihm gegangen ist wie dem Schüler: Mir wird von alle dem so dumm, als ging mir ein Nähnadel im Kopfe herum. Er bemerkt, daß die Berechnung nach Tarif recht zeitraubend und umständlich ist, während ihm die Berechnung nach Kubikmeter viel sympathischer ist. Wir können seine Gefühle verstehen, wenn wir sie auch nicht würdigen können, und sind mit dem System der Tarife recht zufrieden. Zustimmung müssen wir, daß die Tarifverträge noch manche Mängel enthalten, allerdings in anderer Richtung, als Herr Burreter meint; doch sind wir mit Erfolg bestrebt, diese immer mehr auszumergen. Nach der enthaltenen Erklärung wird bei der Tarifberechnung so verfahren, daß der Stein erst so berechnet wird, als ob er glatt wäre, und dann die vorhandenen Gefimäglieber hinzugegerechnet. Das ist eine dankenswerte Anregung eines hervorragenden Mitgliedes des Steinmeiesterverbandes, und unsre Kollegen werden nicht verfehlen, sie bei zukünftigen Tarifverhandlungen mit Freuden zu akzeptieren. Um das Vorteilhafte der Kubikmeterberechnung und das Umständliche der Tarifberechnung ins rechte Licht zu rücken, werden beide Berechnungsarten nebeneinander gestellt. Doch geben wir Herrn Burreter selbst das Wort. Auf Seite 20 heißt es:

H. K. (Bezeichnung des Steines) 1 Verdachung geschliffen, 2,40 Meter lang, 0,45 Meter breit, 0,35 Meter hoch.

Nach der Skizze hat die Verdachung 0,25 m Ausladung, 20 cm Fuge greifen in die Mauer, der Fall ist flach gekrümmt. Profil läuft beiderseits auf Grund tot. Das Rechnungsergebn lautet: $2,40 \times 0,45 \times 0,35 = 0,378 \text{ qm}$, à 50 M. = 18,90 M.

Also kostet die Verdachung 18,90 Mark Arbeitslohn, den Kubikmeter zu 50 Mark berechnet.

Nach dem norddeutschen (?) Tarif wird diese Verdachung folgendermaßen berechnet:

1. Anschlagfläche:
Vorderes Haupt $2,40 \times 0,35 \text{ m} = 0,84 \text{ qm}$
2 seitl. Säupter $2 \times 0,25 \times 0,35 = 0,18 \text{ „}$
Oberes Lager $2,40 \times 0,25 = 0,60 \text{ „}$
Unteres Lager $2,40 \times 0,25 = 0,60 \text{ „}$
 $2,22 \text{ qm} \times 5 \text{ M.} = 11,10 \text{ M.}$

2. Nicht sichtbare Fläche:
Oberes Lager $2,40 \times 0,20 \text{ m} = 0,48 \text{ qm}$
Unteres Lager $2,40 \times 0,20 = 0,48 \text{ „}$
 $0,96 \text{ qm} \times 3,00 = 2,88 \text{ „}$

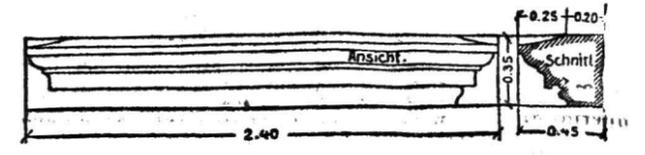
3. Die beiden Fugen:
 $2 \times 0,20 \times 0,35 \text{ m} = 0,14 \text{ qm} \times 2,50 = 0,35 \text{ „}$

4. Die Glieder:
Wasserfall 2,90 kdm
Platte 2,90 „
Rundstab 2,77 „
Platte 2,60 „
Hohlkehle 2,60 „
Wassernase 2,40 „
Karnis 2,00 „
 $18,17 \text{ kdm} \times 0,36 = 6,54 \text{ „}$
Summa 20,87 M.

Die gleiche Verdachung kostet (nach Burreterscher Berechnung) also nach dem Tarif 20,87 Mark.

Als wir diese Berechnung zuerst zu Gesicht bekamen, haben wir etwas verächtlich dreingehaut und dann aus vollem Halse gelacht, und unsern Kollegen wird es nicht anders ergehen.

Um aber unsern Kollegen die Möglichkeit zu geben, das Rechenexempel selbst nachzuprüfen, haben wir uns entschlossen, die von Burreter benutzte Skizze hier zum Abdruck zu bringen.



Daß einzelne Posten bei der Berechnung nach einem spezialisierten Akkordtarif oft einzelne Glieder „vergessen“ ist wohl bei den meisten Kollegen nichts ungewöhnliches mehr, daß aber ein Hofsteinmeiester bei der Berechnung eines Werkstückes ebenfalls mehrere Glieder verschwinden läßt, gibt wohl zum Nachdenken Veranlassung.

Sehen wir nun neben die Berechnung des Hofsteinmeisters einmal die Berechnung, wie sie der Steinbauer an der Arbeit berechnet. Die in Sperrdruck gestellten Glieder fehlen bei Burreters Berechnung vollständig. Auch rechnet der Steinbauer an der Arbeit einen Rundstab, Hohlkehle und Karnis nicht für 1 Glied, sondern wie Herr Burreter selbst in seiner Skizzen tafel zum norddeutschen (?) Tarif 3, 2 und 3 Glieder.

Die Berechnung würde also folgendermaßen aussehen:

1. Flächen
Oberes Lager $2,40 \times 0,20 \text{ m} = 0,48 \text{ qm}$
Unteres Lager $2,40 \times 0,20 = 0,48 \text{ „}$
beide Stoßfugen, voll gerechnet $0,90 \times 0,35 = 0,31 \text{ „}$
 $1,27 \text{ qm} \times 3 = 3,81 \text{ M.}$

Fläche wo beiderseits das Gefimä tot ausläuft (Pof. 43 des Tarifs)
 $0,23 \times 0,35 = 0,08 \text{ m}$
 $0,23 \times 0,35 = 0,08 \text{ „}$
50% Zuschlag = 0,08 „
 $0,24 \text{ m} \times 5 = 1,20 \text{ „}$

2. Glieder
Platte 1 Glied = 3,02 m
Einfach 1 „ = 3,02 „
Rundstab 3 „ = 9,06 „
Platte 1 „ = 3,02 „
Kehle 3 „ = 9,06 „
Platte 1 „ = 3,02 „
Kehle (Wassernase) 2 „ = 6,04 „
Platte 1 „ = 3,02 „
Platte 1 „ = 3,02 „
Hohlkehle (Fall) 2 „ = 6,04 „
Karnis 3 „ = 9,06 „
Vorfprung 1 „ = 3,02 „
 $60,40 \text{ kdm} \times 0,36 = 21,74 \text{ „}$

17 Ueberzenthimeter (Hohlkehle am Fall)
 $17 \times 3,02 \text{ m} = 51,34 \text{ m} \times 8 \text{ Pfg.} = 4,10 \text{ „}$
(Pof. 35 des Tarifs) Summa: 30,85 M.

Die Verdachung ist 2,40 m lang, das Profil läuft sich auf jeder Seite 0,25 bis auf den Mauergrund tot; auf den Totlauf gibt es nach dem „norddeutschen“ Tarif (Pof. 43 des Tarifs) 25% Zuschlag, so daß für das Profil eine Gesamtlänge von 3,02 zur Berechnung kommt.

Die Verdachung kostet also nach dem „norddeutschen“ Tarif (es ist der im Jahre 1907 in Nummer 36 des Steinbauers veröffentlichte Tarif, welcher, als Normaltarif vom Geschäftsausschuß deutscher Steinmeiester ausgearbeitet, zur Einführung gelangen sollte) 30,85 M. und nicht 20,87 M. wie nach der Burreterschen Berechnung. Es fehlte demnach die Kleinigkeit von 9,98 M.

Bei dieser Berechnung sind 7 Glieder mit 21,14 laufenden m zum Vorschein gekommen, außerdem fehlt bei den übrigen Gliedern der Zuschlag auf die totlaufenden Wiederkehren, sowie die Gesamtlänge bei den unteren Gliedern.

Daß man da die Kubikmeter-Berechnung von seiten der Unternehmer vorzieht, ist wohl nicht zu verwundern, ein besseres Geschäft kann es ja bei der Berechnung nicht geben.

Aber auch so zeitraubend ist das Ausrechnen der Stücke nicht, wie es in dem Buche hingestellt wird. Der praktische Steinhauer rechnet es viel einfacher und schneller, er rechnet den laufenden m ungefähr folgendermaßen:

Ober- und Unter-Lager
 $20 + 20 = 0,40 \times 300 \text{ Mt.} = 1,20 \times 2,40 = 2,88 \text{ Mt.}$
Beide Stoßfügen $90 \times 35 = 0,31 \text{ qm} \times 3 = 0,93 \text{ „} = 3,81 \text{ Mt.}$
Beide Flächen, wo das Gefims totläuft
 $0,23 \times 0,70 = 0,16 \text{ qm} = 0,80 \text{ Mt.}$
50 % Zuschlag = 0,40 „ = 1,20 „
20 Glieder $\times 0,36 = 7,20 \text{ pro laufenden m}$
 $3,02 \text{ m} \times 7,20 \text{ Mt.} = 21,74 \text{ „}$
17 Ueberzenthimeter $\times 3,02 = 51,34 \text{ m} \text{ à } 8 \text{ Pfg.} = 4,10 \text{ „}$
Summa: 30,85 Mt.

Man ersieht daraus, daß es höchst einfach und in kurzer Zeit zu berechnen ist.

Die Preise für Flächen und Profile hat Burrer dem alten Berliner Tarif vom Jahre 1903 entnommen. Die Rückseite haben wir als roh betrachtet.

Ueber die Stundenlohnarbeit äußert sich der Verfasser im Sinne der bekannten Unternehmerrassung. Bemerkenswert ist, daß zugegeben wird, daß es gewissenlose Meister gibt, die, wenn ein Geselle im Akkord viel verdient, den vorher vereinbarten Lohn reduzieren. Diese Handlungsweise wird entschieden verurteilt, weil es den Arbeiter veranlaßt, nicht viel zu arbeiten, und das Vertrauen zwischen Meister und Gesellen untergräbt.

Ueber gesundheitliche Verhältnisse heißt es, daß der Steinhauer darauf bedacht sein muß, seine Gesundheit zu schonen und möglichst nur solche Gesteinsarten bearbeiten soll, welche keinen ungesunden Einfluß auf seine Gesundheit ausüben. (1) Als weitgehend ungesund werden Sandstein mit tonigen Bindemitteln und Kalkstein bezeichnet, als ungesund Steine mit kieseligen Bindemitteln, darunter Buntsandstein, Granit (1), Gneis. (2) Vielfach werden Respiratoren empfohlen, welche jedoch durch einen kräftigen Schnurrbart (1) ersetzt werden können. Er selbst könne diesen Schutz aus seiner eigenen Praxis als zweckmäßig bezeichnen; ein kräftiger Schnurrbart fängt den Staub ebensogut auf als ein Respirator.

Im dritten Abschnitt werden die Aufgaben des Volkers behandelt und eine große Anzahl von einfachen Quadern in verschiedener Bearbeitung mit eingesehten Preisen für Arbeitslohn angeführt. Ferner einfachere und komplizierte Profilarbeiten mit Kubikmeterpreisen. Die eingesehten Preise entsprechen aber bei weitem nicht den allgemein üblichen Preisen der Orte, in denen der wilde Akkord noch Sitte ist. Sie sind viel zu hoch angesetzt. Der unruhlich bekannte Normaltarif, welcher seinerzeit vom Geschäftsausschuß des Steinmetzmeisterverbandes veröffentlicht wurde, wird im vollen Wortlaut veröffentlicht mit der ernsthaften Versicherung, daß derselbe jetzt allgemein eingeführt werden soll. Als Beispiel eines andern Tarifs wird der Leipziger Tarif von 1907 ebenfalls im vollen Wortlaut angeführt.

Im Abschnitt 4: Der Steinmetzmeister, wird in der Einleitung die Gewinnung des Rohmaterials ganz flüchtig und nebenbei erwähnt. Dies wäre aber bei dem angegebenen Zweck des Buches für Information Suchende besonders wichtig und interessant gewesen. Hervorheben wollen wir nur noch die Kostenberechnung eines Kubikmeter Steins im Durchschnitt. Herr Burrer kommt dabei auf einen Preis von 92 Mark pro Kubikmeter ab Bahnstation. Für fertige Steinhauerarbeit stellt sich der Preis auf 125 Mark nach dieser Berechnung. Es bedarf keines besonderen Hinweises, daß dieser Preis für Rohmaterial sowohl wie für fertige Steinarbeit nicht bezahlt wird. Es sind uns Fälle bekannt, wo die fertige Arbeit franko Bau geliefert wurde für 55 bis 60 Mark pro Kubikmeter. Und zwar nach Pforzheim, Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim, dem Absatzgebiet des Herrn Burrer.

Ueber die Maschinenarbeit wird ein recht geringfügiges Urteil gefällt, was bei den geringen Arbeitslöhnen Würtembergs verständlich wird. Längere Ausführungen folgen über die Vergebungsbedingungen. Die vom Steinmetzmeisterverband ausgearbeiteten Bedingungen werden vollständig abgedruckt. Dies stempelt das Werk wesentlich mit zu einer Geschäftsempfehlung. Eine größere Anzahl Abbildungen ausgeführter Arbeiten vervollständigen diesen Eindruck.

Wenn es die Absicht des Verfassers gewesen wäre, ein Bild von der Arbeit des Steinhauers zu geben, so hätte er unserm Erachtens es nicht unterlassen sollen, seine Kriegsartikel, genannt Arbeitsordnung, der sich die beschäftigten Arbeiter unterwerfen müssen, anzuführen. In dieser heißt es unter anderem:

- § 5. Alle Arbeiter sind ihren Vorgesetzten im Dienste unbedingten Gehorsam schuldig. Die Vorgesetzten der Arbeiter sind:
1. die Vorarbeiter;
 2. der Betriebsführer, Inspektor;
 3. der Direktor, bezw. Steinbruchbestzer.

§ 6. Vorbringen von Anliegen, Wünschen und Beschwerden. Dienstliche Anliegen, Wünsche und Beschwerden sind von den Arbeitern ihren nächsten Vorgesetzten vorzutragen. Wer sich bei dem Vorgesetzten des nächsten Vorgesetzten nicht beruhigen zu können glaubt, ist berechtigt, sich weiter an die höheren Vorgesetzten bezw. an den Steinbruchbestzer selbst zu wenden.

Zur Vorbringung von Anliegen, Wünschen oder Beschwerden dürfen sich jedoch nie mehr als drei Personen zugleich bei dem betreffenden Vorgesetzten einfinden.

§ 15. Es ist allen Arbeitern verboten, Fremde in die Steinbrüche einzuführen oder mit Fremden, die im Betriebe verkehren, sich in Unterhaltungen einzulassen, desgleichen Trinkgelber von solchen anzunehmen.

Diese Bestimmungen geben ein Bild von dem Kasernenhofgeist, der in den Betrieben des Verfassers üblich ist, und dürften zur Vervollständigung der Schilderung nicht fehlen. Im übrigen soll es unsre Aufgabe heute nicht sein, aus Anlaß des Buches uns näher mit den Verhältnissen in den Burreischen Betrieben zu befassen. Wie uns ein allerdings noch unverbürgtes Gerücht mitteilt, soll Herr Burrer beabsichtigen, binnen kurzem die Leitung der Betriebe abzugeben und diese zu verpachten. Wenn das vorliegende Werk seinen Schwanengesang aus Anlaß des Zurücktretens vom praktischen Betrieb darstellen sollte, so müssen wir gestehen, daß er recht unharmonisch anklingt. Herr Burrer kann sich aber trösten. Sein Freund und Kollege aus der Leitung des Steinmetzmeisterverbandes, Herr Moritz Klein, hat mit seinem Blicklein: „Die Kalkulation in der Steinindustrie“ ein ähnliches Mißgeschick erlitten. Es ist eben nicht jedermanns Sache, Bücher zu schreiben.

Herr Gewerbelehrer Deifrug in Zuffenhausen hat das Burreische Buch noch „überarbeitet“, aber wie sollte das literarische Erzeugnis erst anssehen, wenn diese Mithilfe nicht gewesen wäre! Wenn Herr Burrer mit seinem Buche sich erst den Meistertitel holen wollte, er würde denselben vor einer halbwegs strengen Prüfungskommission kaum erlangen.

Zum Frauentage.

Am 19. März d. J. wird die Sozialdemokratie in Deutschland und Oesterreich überall in Versammlungen die Forderung auf Gewährung des allgemeinen Frauenwahlrechts erheben. Ihre Begründung erhält diese Forderung durch die allgemeinen volkswirtschaftlichen Verhältnisse.

Die Bestimmungen der Gesetzgebung sind auch für die weibliche Bevölkerung bindend und nicht selten gerade für diese von weittragender Bedeutung.

Die Steuerlasten, die Staats- und Gemeindeverwaltung der Bevölkerung auferlegt und unter denen die besitzlose Klasse be-

sonders leidet, sind für die Arbeiterfrauen eine ständige Quelle von Sorgen. Der Frauen Aufgabe ist es zumeist, die geringen Mittel, über die eine Arbeiterfamilie verfügt, so einzuteilen für Miete, Kleidung und Nahrung, daß das einzige Bestium der Arbeiterfamilie, die Arbeitsfähigkeit, erhalten bleibt. Erhöhte Aufwendungen für die durch Steuern und Zölle verteuerten notwendigen Nahrungsmittel bedeuten aber in der Regel ein Einkürzen auch der dringendsten Ausgaben und mithin eine Gefahr für die Volksgesundheit.

Auch die Arbeiterinnen, die als Verheiratete oder Ledige sich selbst und vielleicht noch Familienangehörige mit ernähren müssen, spüren natürlich die Wirkungen der Zölle und Steuern in gleicher Weise. Sie müssen die dadurch verursachten Mehrausgaben von ihren schon so niedrigen Arbeitsverdiensten bestreiten, die eine genügende Ernährung ohnehin kaum ermöglichen. Allen aber fehlt die Möglichkeit, auf die Gesetzgebung einzuwirken, die Steuerlasten einzuschränken oder sie mehr auf die leistungsfähigen Schultern der Besthenden zu verteilen, weil der weiblichen Bevölkerung das politische Wahlrecht verweigert ist.

Soweit sie der Arbeiterklasse angehört, muß sie ferner die gesundheitlichen Folgen der Erwerbsarbeit mit tragen, die für viele frühes Siechtum und Einschränkung der Arbeitsfähigkeit und Lebensfreude bedeuten. Es bestehen zwar Arbeiterschutzvorschriften. Diese sind jedoch nicht imstande, nennenswert auf die Gesundheitsverhältnisse einzuwirken. Hinzu kommt, daß die Vorschriften nicht einmal überall angewandt werden. Noch heute fehlt es an genügender amtlicher Kontrolle zur Ueberwachung der Betriebe, die der Gewerbeordnung unterstellt sind. Unvollkommen sind ferner die Bestimmungen der Arbeitsvertragsgesetzgebung, des Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherungsgesetzes. Bei der Krankenversicherung ist es namentlich der vorgesehene Schwangeren- und Wöchnerinnenschutz, der absolut nicht ausreicht und nicht einmal allen der Krankenversicherung unterstellten Arbeiterinnen zugänglich ist. In der Invalidenversicherung fordern vor allen Dingen die in der Reichsversicherungsordnung enthaltenen Bestimmungen über Witwen- und Waisenrenten, die während der Zollbattien 1902 den Frauen der besitzlosen Klassen versprochen worden sind, jetzt aber nur an invalide Witwen und deren Kinder zur Auszahlung gelangen sollen, zu lebhaftem Protest heraus. Außerdem die niedrigen Rentenätze und die Kontrollbestimmungen. Alle diese Vorschriften wirken einschneidend auf die Verhältnisse der Gesamtarbeiterfamilie. Deshalb müßten auch die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen an der Zusammenfassung der gesetzgebenden Körperschaften interessiert sein, weil es von diesen abhängt, inwiefern bei ihren Beschlüssen die Verhältnisse der Arbeiterfamilie berücksichtigt werden.

Noch mehr als die besitzlose Bevölkerung im allgemeinen sind die Frauen noch heute nur Objekte der Gesetzgebung. Fest steht aber schon heute, daß in vielen Dingen ihre Mithilfe bei der Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen notwendig ist. Dies hat sogar die Regierung zugeben müssen. Sie schreibt z. B. in der Begründung zum Entwurf der Reichsversicherungsordnung: „Die Wählbarkeit der Frauen, die bisher nur für die Versicherungsträger der Krankenversicherung zugelassen war, ist entsprechend dem starken Vordringen der weiblichen Erwerbstätigkeit und mit Rücksicht auf die Hinterbliebenenversicherung auf alle Versicherungsträger erweitert worden.“ Man sollte nach dieser Neuerung annehmen, daß der Entwurf nun auch den verbleibenden weiblichen Personen das Wahlrecht und das der Wählbarkeit zu allen Körperschaften der Arbeiterversicherung einräumt. Hieron ist aber im Entwurf der Reichsversicherungsordnung keine Rede. Die weiblichen Versicherten bleiben außer in der Krankenversicherung nach wie vor von der Mitwirkung ausgeschlossen. In der Behandlung der weiblichen Versicherten wird eben auch erst dann eine Aenderung eintreten, wenn allgemein die Schranken gefallen sein werden, die der öffentlichen Betätigung der weiblichen Bevölkerung noch entgegenstehen.

Rechtlich läßt sich die Ausschaltung der Frauen von der Staats- und Gemeindeverwaltung, deren Lasten sie mit tragen müssen, nicht begründen. Wirtschaftlich bedeutet sie eine große Schädigung für die Allgemeinheit. Dies empfindet besonders die Arbeiterklasse. Ihre politische Organisation hat deshalb die Forderung des allgemeinen Frauenwahlrechts von Anfang an in ihr Programm aufgenommen und ist auch bei jeder passenden Gelegenheit in der Praxis dafür eingetreten. Erst jetzt wieder waren ihre Vertreter im Reichstage bemüht, für die Frauen die Befugnis zu erlangen, als Schöffen fungieren zu dürfen. Leider ohne Erfolg. Hierdurch bleiben aber nach wie vor die Arbeiterinnen und weiblichen Angehörigen von der Mitwirkung an den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten ausgeschlossen, worauf schon wiederholt hingewiesen ist.

Wenn nun am 19. März d. J. die Sozialdemokratie in Versammlungen für die Gewährung des allgemeinen Frauenwahlrechts demonstrieren wird, so werden die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen alles daran setzen, diese Versammlungen zu Massenkundgebungen zu gestalten, in der Ueberzeugung, daß nur solche Instände sind, der Forderung genügenden Nachdruck zu verschaffen, deren Erfüllung ihnen neben andern Vorteilen auch bessere wirtschaftliche Verhältnisse garantiert.

Sie lügen wie die Teufel . . .

Wenn man die Wahrheit suchen will, gehe man an den Türen der M.-Glabbacher Zentrumschriften vorbei. Für die Wahrheit und ehrliche Offenheit ist da kein Platz. Das zeigt sich auch wieder in dem Kampf, der um den Silvesterbrief des Papstes entbrannt ist.

Während in evangelischen Kreisen die Mobilmachung gegen die Bevormundung der christlichen Gewerkschaften durch Papst und Bischöfe beginnt, müht sich die christliche Gewerkschaftspresse, allen voran das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“, reiblich ab, um den Nachweis zu erbringen, daß in den Kreisen der katholischen Oberhirten man gar nicht daran denkt, in den christlichen Gewerkschaften die maßgebenden, d. h. die katholisch-religiösen, Grundzüge zu entwickeln! Es sei auch nicht wahr, daß sich der Papst die christlichen Gewerkschaften beim Tragen genommen habe, daß er ihnen eine Gnadenfrist bewilligt hat, und ebensowenig sei wahr, daß auf Kosten der christlichen Gewerkschaften zwischen diesen und den Fachabteilungen ein gezwungener Friedenszustand erfolgt sei. Unwahr sei auch, daß die Bischöfe über die christlichen Gewerkschaften framae Zucht übten und diese ihrer Selbständigkeit beraubten.

Um alle diese „Unwahrheiten“ zu widerlegen, führte das Zentralblatt vom 6. Februar das Hirtenschreiben des Erzbischofs von Köln an. Aber was die M.-Glabbacher gewöhnlichen Sterblichen so oft tun, das geschieht auch hier. Die Meinung des Papstes wird umgedreht, oder auf gut deutsch gesagt, gefälscht. Wie man dies in M.-Glabbach macht, ist bekannt. Sätze werden aus dem Zusammenhang gerissen, dann zusammengestoppelt. Diese Art, Zitate zusammenzudreheln, läßt auch das Zentralblatt. Denn in seinem Artikel sind jene Stellen ausgelassen, die die strikte Meinung des Papstes zeigen, daß nunmehr endlich aller Hab und Zwist zwischen den beiden Gewerkschaftsrichtungen aufzuhören habe, und daß man, wenn nicht miteinander, so doch nebeneinander wirken möge, ohne sich gegenseitig zu beschuldigen und zu beleidigen. Diese im Zentralblatt verschwiegenen Stellen würden für jenen Friedenszustand mit den Fachabteilungen, der auf Kosten der christlichen Gewerkschaften erfolgt ist, uns nähere Erklärungen bringen. Und doch, seit Mitte Dezember setzt man sich, vielleicht nach ungewolltem Eingeständnis des Zentralblatts, nicht mehr mit den katholischen Fachabteilungen „breit“ und „aggressiv“

auseinander. Also ein Eingeständnis, das die Niederlage der M.-Glabbacher aber erst dann recht hervorheben läßt, wenn man festhält, wie innerhalb der christlichen Gewerkschaften sich allmählich jene Grundzüge einmisten, die sonst nur Gemeingut der Fachabteilungen waren. Hierfür liegen die Beweise vor. Und am Schlusse des Artikels im Zentralblatt wird versprochen, auch zukünftig in Kontroversfragen mit den katholischen Fachabteilungen aus der christlichen Gewerkschaftspresse herauszulassen. So, endlich nach zehn Jahren des schmutzigen Kriegs miteinander! Wer füllte da nicht die Befehle der christlichen Oberhirten heraus, wer nicht das Ergebnis der Komreise des Kardinals Fischer!

Hier sei noch erwähnt der Brief des Papstes an Fischer, in dem von „gewisse allgemeine Satzungen“, die den beiden Organisationen auferlegt worden sind, die Rede ist. Auch hier muß das Zentralblatt zugeben, daß die allgemeinen Satzungen die gereizten Streitigkeiten unter den sich bekämpfenden beiden Gewerkschaftsrichtungen angehen. Aber das Zentralblatt vergißt hier zu sagen, daß doch jedes Ding seine Ursachen hat. Auch Streitigkeiten. Und Streitigkeiten hören doch wohl nur dann auf, wenn ihre Ursachen beseitigt sind, und das sind in beiden Lagern grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten.

Soweit die die Presse verfolgen, ist nicht zu finden, daß die „Berliner“ von ihren Grundzügen auch nur das Pünktchen über dem i aufgegeben haben. Wohl aber die christlichen Gewerkschaften, wie das mit voller Deutlichkeit z. B. die letzten Nummern der christlichen „Zentralarbeiter-Zeitung“ zeigen. Und nicht zu vergessen die Haltung christlicher Gewerkschaften bei Lohnkämpfen in den letzten Monaten. Also, es bleibt dabei, die christlichen Gewerkschaften haben beim Papst und bei den Bischöfen die Partii verloren. Die Fachabteiler haben sie gewonnen.

Um das Sägenewebe des Zentralblatts völlig zu zerreißen, kommt uns ein Artikel sehr gelegen, den wir in der letzten Nummer des Organs der Fachabteilungen „Der Arbeiter“ vorfinden. Auch in diesem Artikel wird von den gewissen allgemeinen Satzungen gesprochen, die durch die katholischen Oberhirten den beiden christlichen Gewerkschaftsrichtungen auferlegt worden sind. Ja, das Blatt geht noch weiter. Es sagt, daß der Papst zur Prüfung und endgültigen Erledigung der Gewerkschaftsfragen neue und eingehende weitere Berichte eingefordert habe! Wozu das, verehrtes Zentralblatt? Was hat der Papst in den christlichen Gewerkschaften noch endgültig zu erledigen? Da wir vom Zentralblatt hierüber noch keine Antwort erhalten, geben wir uns zunächst mit der Aufklärung zufrieden, die uns in dem Artikel des Organs der „Berliner“ gegeben wird. Da heißt es:

Insbesondere begrüßen es die im Verbands der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) organisierten katholischen Arbeiter Deutschlands mit aufrichtiger Freude, daß der Episkopat gewillt ist, im Einverständnis mit dem Papste die für eine christliche Gewerkschaft maßgebenden religiös-sittlichen Grundzüge zu entwickeln!!! Das ist der einzige Weg, um den von den deutschen Katholiken so lange ersehnten Frieden auf gewerkschaftlichem Gebiete sicherzustellen, mißvergnügt über die Stellungnahme des Papstes und der mit ihm verbundenen Bischöfe können nur diejenigen sein, die ein Interesse an der inneren Zerrissenheit der deutschen Katholiken in wichtigen Lebensfragen haben und die in dem unter Papst und Bischöfen geeinten katholischen Volke eine Nacht fürchten, die ihre kirchensindlichen Pläne zerschanden macht. So wirtet denn auch die kulturkämpferische Presse des Evangelischen Bundes, des ungläubigen Liberalismus und der atheistischen Sozialdemokratie allerlei Gefahren für die deutsche Gewerkschaftsbewegung insolge der eingeleiteten Klärung der kritischen Fragen durch Papst und Bischöfe.

O weh, die armen München-Glabbacher! Da setzen sich diese Herrschaften hin, schreiben Seite auf Seite, um die „Selbständigkeit“ der christlichen Gewerkschaften nachzuweisen, alles als unwahr zu bezeichnen, was über die stramme Zucht, in der die christlichen Gewerkschaften von den kirchlichen Oberhirten genommen sind, geschrieben wurde. Und jetzt kommt das Organ der „Berliner“ her und schlägt den M.-Glabbachern das ganze Porzellan entzwei. Ober hat das Zentralblatt auch jetzt noch den Mut, von Selbständigkeit der christlichen Gewerkschaften zu reden! Daß der Artikel im Organ der Fachabteiler dann die Grundzüge offenbart, um die es sich handelt, kommt uns gleichfalls gegen die M.-Glabbacher zustatten. Da wird zunächst festgestellt, daß Papst und Bischöfe ein Recht haben, in die Gewerkschaftsbewegung einzugreifen. Nur solchen Leuten — heißt es weiter — fehle das Organ, das ihnen zu einer sachlichen Beurteilung des bischöflichen und päpstlichen Eingreifens befähigt, und die in den Organisationsbestrebungen der Arbeiter nur rein wirtschaftliche Vorgänge erblicken. Dieser Stieb gilt gleichfalls den M.-Glabbachern, denen dann weiter gesagt wird, daß sie sich den „göttlichen Geboten“ zu unterwerfen hätten, die besagen, daß „der Mensch zum Arbeiten geboren ist, wie der Vogel zum Fliegen“, und daß es für den Menschen heißt: „Im Schweize deines Angesichts sollst du dein Brot verdienen!“ Diese Vorschriften des Naturgesetzes und des Gottesgebots, sagt das Blatt weiter, dürfen nicht durch menschliche Satzungen, oder gar durch Streiks in Frage gestellt werden. Der Mensch habe die ihm auferlegte, naturgesetzliche Arbeitspflicht zu erfüllen.

Die ganze menschliche Gesellschaftsordnung ruht auf der Arbeit! In welchem Verhältnis steht die natürliche Arbeitspflicht zum Kontraktrecht? Welches sind die unveräußerlichen Rechte der Arbeit? Welche Schranken ergeben sich aus all diesen Gesichtspunkten für die Kontraktfreiheit, in deren Dienst angeblich auch der Streik stehen soll? Nicht minder unterliegt bei den Arbeitskämpfen tagtäglich die Frage der Beurteilung, inwiefern und unter welchen Umständen es der gewerkschaftlichen Organisation erlaubt ist, dem Arbeitgeber zwar nicht die Beziehungen zur gesamten menschlichen Gesellschaft, wohl aber diejenigen zu gewissen Verhältnissen zu unterbinden, deren er zur Fortführung seiner berufsmäßigen Tätigkeit und zur Ausnützung des ihm von der Gesellschaft gewährleisteten Eigentumsrechts bedarf.

So, ihr M.-Glabbacher Herren, nun weiß man, was man von euch will! Für euch heißt es: Hier ist Rhodus, hier springe! Die Staatsautorität sowie der Grundsatz: „Wer knecht ist, muß Knecht bleiben!“ verlangt es, daß sich die christlichen Gewerkschaften von ihren bisherigen Prinzipien lösen. Keine Streiks, keine Auflehnung, sondern völlige Unterwerfung unter die „religiös-sittlichen Grundzüge“, die Papst und Bischöfe diktieren. Wer den Papst und den Bischöfen den ihnen zukommenden Einfluß auf die christliche Gewerkschaftsbewegung zu unterbinden sucht, der hilft gar mit, „das Deutsche Reich in seinen Grundfesten zu erschüttern“. Auch dieses und andres wird noch den M.-Glabbachern vorgehalten.

Jedes Wort in dem Artikel des Organs der Fachabteilung muß ja wie Scheidewasser auf die Journalisten in der M.-Glabbacher Zentrale wirken. Ob sie sich jetzt rühren und ob sie jetzt den Mut haben werden, die Wahrheit einzugestehen? Wir glauben nicht daran. Die Führer der christlichen Gewerkschaften werden mit verdoppeltem Eifer zeigen wollen, wie notwendig die von ihnen geführten Organisationen sind, um die sozialistische Arbeiterbewegung zu bekämpfen. Wie weit diese Notwendigkeit von den Kirchenfürsten anerkannt wird, davon wird es auch abhängen, ob nach Ablauf der gegebenen Gnadenfrist den christlichen Gewerkschaften noch Leben gegönnt wird. Gebuldet werden sie nur werden als Kulturbremser und als Zersplitterer und Hasser jeder ehrlichen Arbeiterbewegung, als Bekämpfer des Sozialismus, der die Befreiung der Arbeit aus

Pflastersteinzollrummel.

VIII.

Kirchturnspolitik der Steinindustriellen.

In Unternehmertreuen herrscht bezüglich der Zollfrage eine Geschlossenheit. Gewiß ist die Mehrzahl der Pflastersteinproduzenten für den Zoll; aber andererseits sind Monumentalfabrikanten und Schleifereibesitzer und mit ihnen die Steinmehren und Schleifer, sehr stark daran interessiert, daß das „Rohmaterial“ unverzollt aus den skandinavischen Ländern eingeführt werden kann.

Daß zum Beispiel die deutschen Monumentalfabrikanten auf schwarzes und rotes schwedisches Gestein angewiesen sind, gab der Steinmehremeister E. Hansen in einem Vortrag auf dem Verbandstag der schlesischen Steinmehremeister Klipp und Klar zu. Er meinte nach dem Deutschen Steinbildhauer-Journal (Nr. 51, Jahrgang 909):

Was nun das einheimische Material, welches den schwarz-schwedischen Granit ersetzen soll, anbetrifft, so ist zu bemerken, daß wir ein Material, welches Ersatz bietet und halbwegs der jetzt vorherrschenden Geschmacksrichtung entspricht, nicht mehr ausreichend besitzen. Hantusch nannte einige faßt erschöpfte oder geringere Ausbeute liefernde Spenitbrüche in Sachsen usw. und sagte, außerdem nehme dieses Material keine gute Politur an.

Der Steinmehremeister Hantusch trifft mit seiner Darstellung, soweit die Denkmalbranche in Frage kommt, weislos das Richtige. Die Spenitbrüche, hauptsächlich im Odenwald, sind mächtig erschöpft, und so sind wir, ob es uns angenehm ist oder nicht, auf die schwedischen Rohsteine angewiesen. Wenn irgendein Geologe oder Steinbruchbesitzer in Deutschland einen Steinbruch eröffnen könnte, wo dasselbe Material wie in Schweden gewonnen werden kann, dann können wir ohne weiteres zur Freude aller Steinarbeiter auf die fremde Einfuhr Verzicht leisten. — In schwarz ist schwedisches Material konkurrenzlos, in rot kommen einige deutsche Brüche in Frage (Meißen). Aber es fehlt die Kasinität der Gesteinslagerung. Der rote Meißner Stein vermag einigermassen mit dem schwedischen zu konkurrieren, aber es kann der große Bedarf nicht befriedigt werden.

Die großen Pfeilerverkleidungen an den städtischen Geschäftshäusern sind sehr häufig aus rotem Granit hergestellt; in neuerer Zeit wird auch mit Vorliebe heller abrador verwendet. Aber diese famos wirkenden Gesteine werden leider in Deutschland nirgends gefunden. Selbst dem „Steinbruch“ scheint dieses einzuleuchten, dem er im Heft 4, Jahrg. 1909, schrieb:

Bedauerlich ist dabei die hohe Einfuhr, wenn auch anerkannt werden muß, daß in Deutschland für manche Arbeit nicht der geeignete Stein zu finden ist und somit aus dem Ausland bezogen werden muß.

Im Sommer des Jahres 1910 fing mit einigemal die leitende Zollbehörde an, die schwarzen und roten Rohblöcke einer Verzollung zu unterwerfen. Sie stützte sich auf Artikel 234b des Warenverzeichnis, und es wurden ab 1. Juli 1910 für 100 Kilogramm 50 Pf. Zoll erhoben. Die Blöcke wurden bisher in Schweden befreit, das Ueberfließ, wie der Steinmehremeister sagt, entfernt. Als die Verzollung vor sich ging, ist der Preis des Rohmaterials sofort um 10 Prozent, pro Kubikmeter also um 30 Mk. in die Höhe gegangen. (Bei der Verzollung selbst gibt es eine Unmenge Scherereien, die sehr kostspielig sind.) Eine solche Belastung ist naturgemäß sofort ungünstig auf die Arbeiter einzuwirken, denn der Schleifereibesitzer will den Zoll selbstständig auf andere Schultern abwälzen. Als die ohnehin Verzollung eingeführt wurde, schrieb der Geschäftsführer der deutschen Schleifereibesitzer, Herr Architekt Fuchs-München, im „Steinbildhauer“, Nr. 44, Jhr. 1910, folgendes:

Durch diesen Zoll ist unter den Granitschleifereien nicht nur eine Beunruhigung, sondern geradezu eine Empörung wachgerufen worden. Diese Tatsache ist durch eine Umfrage und zahllose Zuschriften unwiderleglich festgelegt.

Momentan wird uns ein amüßantes Schauspiel gegeben:

1. Der Steinmehremeisterverband tritt ein für hohe Pflastersteinzölle.
2. Der Steinmehremeisterverband tritt mit Nachdruck dafür ein, daß die Verzollung der aus Schweden eingeführten Rohblöcke möglichst bald aufgehoben wird, weil diese Verzollung die deutschen Schleifereibesitzer ruiniert.

Es ist ein Schauspiel für Götter, daß sich der Steinmehremeisterverband in der Deffentlichkeit so desavouieren lassen muß. Heute sollen die Pflastersteinarbeiter die Petitionen der Bruchbesitzer unterschreiben, morgen vielleicht schon kommen die Schleifereibesitzer mit Petitionen gegen den Zoll, welcher ihnen das Rohmaterial treuert.

Kollegen, auf diese Inkonsequenz müßt ihr die Unternehmer hinweisen, und überdies hat beim Abschluß des Handelsvertrags auch Schweden ein kräftiges Wörtchen zu seinen — gesteuerten Zollsätzen mitzureden.

In welcher Weise überdies unter den deutschen Steinindustriellen der Interessentkampf tobt, geht aus nachstehendem hervor: Im Koblenzer Handelskammerbericht für 1908 ist zu lesen:

Daß man bei Hochbauten den Hauptwert zumeilen auf die Farbenwirkung lege, sei durch das Beispiel der neuen Kölner Rheinbrücken bewiesen. — Die Südbrücke erhielt auch für die Pfeilergründe vorherrschend roten Sandstein aus der bayrischen Pfalz. — Dieser gelte aber durchweg als weniger wetterbeständig.

Man möchte dem Sandstein aus der bayrischen Pfalz im Rheinländischen vollends den Garaus machen.

Ja, wenn es so weiter geht, dann müssen sich auch die Darmstädter energisch wehren, weil auch dort öfter Basaltlava verwendet wird; trotzdem im Odenwald Granitlager vorhanden sind.

Im Handelskammerbericht Dresden (1908) wird auf die Sandsteinausfuhr nach Schweden Bezug genommen. Dabei werden die Schiffsabgaben erwähnt, welche der deutschen Steinindustrie gefährlich würden. Wörtlich heißt es:

Von Hamburg aus werden die (Sand-) Steine zum Teil nach Schweden und Norwegen ausgeführt; dieses Absatzgebiet dürfte verloren gehen, wenn Schiffsabgaben zur Einfuhr gelangen sollten. — Dann würden sich die Wasserkräften so hoch stellen, daß die Verkaufspreise dorthin keinen Gewinn mehr zuließen.

Es ist besonders interessant, wie sich die Elbsandsteinbruchbesitzer ihr schwedisches Absatzgebiet erhalten wollen. Und es ist auch ganz erklärlich, wenn sie eine solche Stellung einnehmen, weil ihr Material in Deutschland durch den — Kunststein stark verdrängt wurde. Es ist den Leuten absolut nicht zu verübeln, wenn sie gegen die geplanten Schiffsabgaben in schärfster Weise protestieren.

Besonders merkwürdig ist noch folgendes Zitat: Im Handelskammerbericht Unterfranken ist über die „deutsche Konkurrenz“ folgendes zu lesen:

Ebenso begegnen wir den heftigen Konkurrenzwerken, welche die Pflastersteine in bayrisches Gebiet an der Grenze billiger liefern können als wir, trotzdem unsere Werke günstiger liegen.

Uns wundert es, daß hier die Handelskammer nicht eine dementsprechende Kommentierung anfügte; das wäre ja noch das Schönste, wenn die Erzeugnisse der Steinindustrie über die Grenzen eines Bundesstaats nicht hinaus transportiert werden dürften. Wir haben doch nicht mehr die Zeiten, wo die Doppelstaaten noch das Zollregiment führen konnten.

Die schwäbischen Steinindustriellen sind wiederum auf die badische Regierung nicht gut zu sprechen, denn im Stuttgarter Handelskammerbericht heißt es:

Von einem Berichterstatter wird auf den Beschluß der badischen Kammer hingewiesen, wonach zu Staatsbauten künftig nur noch badisches Material verwendet werden soll. Dadurch seien die württembergischen Steinbruchbesitzer sehr geschädigt, da ein großer Teil ihres Verbands bisher nach Baden ging. Verschiedene badische Gemeindeverwaltungen und Körperschaften sind dem Kammerbeschluß beigetreten.

Ihren wir nicht, so lassen die Badenser bei Staatsbauten auch keinen Sandstein aus der Pfalz mehr zu.

Wenn in den Handelskammerberichten ein solcher Wirrwarr zum Ausdruck kommt, so ist das lediglich auf die Stellungnahme der Steinbruchbesitzer in den einzelnen Kammerbezirken zurückzuführen. Die Herren sind eben Egoisten bis zum äußersten, und wenn ein Lieferungs-auftrag nach Karlsruhe vergeben wird, so darf ja der Unternehmer kein Württemberger oder Hesse sein. Als vor 10 Jahren die badischen Steinbruchbesitzer große Lieferungen nach Preußen ausführen konnten, da war ihnen eine solche Geschäftsverbindung sehr angenehm. — In den Kreisen der Steinindustriellen wird eine geradezu groteske Kirchturnspolitik getrieben.

Eine Steinarbeiterversammlung in Mayen (Rheinland).

Am Sonntag, den 12. d. M., fand hier eine von unserm Verband einberufene öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Die Ursache hierzu war folgende: In den Steinbrüchen und auf dem Grubenfeld hatten die christlich organisierten Kollegen wiederholt zu den in unserm Verbandsorganisierten Kollegen gesagt, wir seien zu feige, um einmal eine öffentliche Steinarbeiterversammlung mit freier Diskussion abzuhalten. Als Redner sollte Kollege Staudinger kommen, der aber verhindert, so daß Genosse Dr. Erdmann aus Köln als Referent erschienen war. Die Ultramontanen hatten dafür gesorgt, daß der Versammlung das nötige Interesse entgegengebracht wurde. Die „Mayener Volkszeitung“ malte das rote Gespenst an die Wand. Sie wußte zu melden, daß „in dem sozialdemokratischen Vereinslokal eine Vorberprechung betreffs Gründung einer Ortsgruppe des Sozialdemokratischen Wahlvereins stattgefunden“ habe. Dann hieß es: „Nächsten Sonntag findet nun eine große Versammlung statt, in der ein Herr aus Reipzig reden wird. Die Versammlung wird voraussichtlich sehr stark besucht werden. Die christlich organisierten Steinarbeiter, auch die Mitglieder der konfessionellen Vereine, werden sich stark beteiligen, zumal es zu ersten Auseinandersetzungen kommen wird. Aus dem bürgerlichen Lager werden tüchtige Debattenredner den Genossen entgegentreten. Wer also gewillt ist, für Religion und Vaterland und gegen die Sozialdemokraten zu wirken, dem bietet sich nächsten Sonntag Gelegenheit.“

In einem weiteren Artikel wurde dann noch nachzuweisen versucht, daß die freie Gewerkschaftsbewegung nichts als ein sozialdemokratisches Parteiunternehmen sei, und die angelegte Steinarbeiterversammlung nur der politischen Propaganda diene. Im christlichen Keram- und Steinarbeiterverband wurde mobil gemacht. Er gab Lauffettel aus, worin er die „christlichen Steinarbeiter des ganzen Mayener Bezirks zu einer um 1½ Uhr beginnenden „sehr wichtigen Zusammenkunft“ einlud. „Boy dort — so hieß es wörtlich — geschlossen Amarsch in die sozialdemokratische Versammlung. Von unserer Seite sind tüchtige Redner zur Stelle.“ Um 3 Uhr sollte die Versammlung beginnen, um 2½ Uhr waren die Christlichen zur Stelle. Da ihr Verband hier 600 Mitglieder hat, so glaubten sie, durch das Ausbeuten ihrer Mannen die Versammlung beherrschen zu können; aber sie haben entweder viel weniger Mitglieder, als sie angeben, oder sehr wenig Disziplin, denn an ihrem „geschlossenen Amarsch“ beteiligten sich etwa 60 bis 80 Mann. Und ehe sie anlangen, war das Lokal schon zum guten Teil besetzt. Es war noch nicht 3 Uhr, als der Saal, der von mehr als 700 Mann bis in die äußerste Ecke gefüllt war, geschlossen werden mußte; mehrere hundert Nachzügler warteten draußen vergeblich auf Einlaß.

Das Hauptreferat hatte Genosse Dr. Erdmann (Köln) übernommen. Er redete über: Freie und christliche Gewerkschaften. Einleitend wies er auf die bedauerliche Erscheinung hin, daß die

deutsche Arbeiterschaft, trotzdem die wirtschaftlichen und sozialen Zustände so laut den Zusammenhang predigen, sich dennoch den Luxus der gewerkschaftlichen Zersplitterung gestatten zu können glaubt. Der Redner zeigte dann, wem diese Zersplitterung zu danken ist; er legte die Gründe dar, die Zentrum und Kirche zu der Gründung der christlichen Gewerkschaften führte, und bewies deren Abhängigkeit von dem politischen und kirchlichen Merkantilismus. Die Angriffe der Mayener Zentrumsprelle gaben dem Redner Gelegenheit, das Verhältnis von Sozialdemokratie und freier Gewerkschaftsbewegung zu erörtern und das Wort: Partei und Gewerkschaft sind eins, in seiner wahren Bedeutung darzulegen. Weiter zeigte er, was es mit der von den christlichen Gewerkschaften vertretenen „politischen Neutralität“, die in Wahrheit politische Parteinahme zugunsten des Zentrums sei, auf sich habe. Die Gewerkschaft habe ihre eigenen, von der Partei verschiedenen Aufgaben, aber andererseits doch auch die Pflicht, bei wichtigen, das Allgemeininteresse der Arbeiter berührenden politischen Fragen Stellung zu nehmen. Allerdings gehe das nicht im Gefolge von volks- und arbeiterfeindlichen Parteien, wie dem Zentrum, sondern im politischen wie im gewerkschaftlichen Leben gehöre der Arbeiter zum Arbeiter, und deshalb sei dem Arbeiter nur zu helfen, wenn er sich der freien Gewerkschaft anschleße und mit ihr im Rahmen der großen klassenbewußten Arbeiterbewegung mitwirke an dessen Besserstellung und endlichen Befreiung der gesamten Arbeiterklasse.

Der weitaus größere Teil der Versammlung beteiligte sich an dem überaus lebhaften und anhaltenden Beifall, der dem Redner am Schluß zuteil wurde; im einzelnen fanden namentlich seine Ausführungen, die er der Kritik der von den christlichen Gewerkschaften begünstigten Zentrumspolitik widmete, lebhaften Zuspruch.

Nach einer kleinen Pause sprach als erster Diskussionsredner Herr Breddemann, ehemaliger Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, jetzt Redakteur an einer katholischen Zeitung.

Herr Breddemann setzte die Miene des Erstaunten auf, indem er sich wunderte, daß der Referent sich vorwiegend auf politischem Gebiet bewegt habe. Diese Biedermänner! Da wird von ihnen selber tagelang vorher bereits auf den „sozialdemokratischen“ Charakter der Versammlung hingewiesen, und wenn dann von unserer Seite darauf eingegangen, wenn das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft, wie es wirklich ist, dargelegt und weiter das wahre Wesen der von den christlichen Gewerkschaften verkündeten „Neutralität“ nachgewiesen wird, dann kommen die gekrenkten Kritiker und Klagen an, daß in einer Gewerkschaftsversammlung „politische Agitation“ gemacht worden sei!

Was sich Herr Breddemann sonst leistete, war das bekannte M.-Glabbacher Allerlei. Zettelchen um Zettelchen wurde der Karte entnommen, verstimelte und gefälschte Zitate wurden mit der Miene vollendeter Unschuld zum besten gegeben — und bekräftigt von denen, die stark an Glauben und schwach an Wissen sind. Groß war die Zahl der Gläubigen allerdings nicht, die dem Schwarzkünstler Breddemann zustimmten; sie ging über das Häuflein derer, die sich an dem „geschlossenen Amarsch“ beteiligten, nicht weit hinaus.

Nach Herrn Breddemann sprach Gauleiter Kollege Herrmann-Köln. Zunächst wies er den Vorwurf des Herrn Breddemann zurück, als wenn der Steinarbeiterverband in früheren Jahren nichts zur Besserstellung der Existenz der Steinarbeiter von Mayen und Umgegend unternommen hätte. Schon vor über 15 Jahren hat der freie Verband mit der Agitation hier eingesezt; es wundere ihn, daß Herr Breddemann sich nicht bei seinen Gesinnungsgenossen Brendel besser informiert habe. Eine Tatsache sei es allerdings, daß damals mit allen Mitteln der Gegner der freien Gewerkschaften unsere Bestrebungen unterdrückten. Zweifellos würde auch jetzt wieder der Versuch gemacht werden, die Zahlstelle zu vernichten; aber das würde den Herren nicht gelingen, denn immer mehr sehen die Berufscollegen von Mayen und Umgegend ein, in welcher Organisation ihre Berufsinteressen in wahrhaft wirksamer Weise vertreten werden. Da Herr Breddemann so viel aus dem München-Glabbacher Zitatensack vortragen habe, so könne er auch mit Ausprüchen aus dem christlichen Lager aufwarten. Die Verlesung einzelner Ausprüche fand den vollen Beifall der Kollegen; denn Klipp und Klar hatten bedeutende Religionslehrer und Führer der Zentrumsparthei da erklärt, daß von einer Religionsfeindlichkeit und Beschimpfung der Religion durch die Sozialdemokratie keine Rede sei. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen richtete er an Herrn Breddemann die Frage, warum es denn keine christlichen Arbeiterverbände gebe. Vielleicht versuche Herr B. da einmal sein Glück, solche zu gründen; viel Erfolg werde er allerdings dabei voraussichtlich nicht haben. Kollege Herrmann besprach dann noch eingehend den jammervollen Verkauf der Lohnbewegung und den Tarifabschluß des christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes im Mayener Gebiet. An Herrn Brendel richtete er die Frage, woher die diversen Einnahmen des christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes vom Jahre 1909 im Betrage von 21 461 Mark stammten. Anscheinend sei dies ein Darlehen, welches der christliche Verband irgendwo gepumpt habe. Mit ersten Worten erwähnte er alle uns noch fernstehenden Berufscollegen, die Worte des Referenten zu beherzigen, und trotz aller Anfeindungen, Verleumdungen und Beschimpfungen der freien Organisation dem Zentralverbande der Steinarbeiter Deutschlands beizutreten. Die Ausführungen des Gauleiters Herrmann fanden lebhaften Beifall.

Als weiterer Diskussionsredner sprach Herr Peter R. Koblenz, Bezirksleiter des christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes. Zunächst erhob er ein großes Samment, daß in dem Schreiben, welches ihn zur Diskussion einlud, der Anfang der Versammlung auf 3½ Uhr festgesetzt sei und nicht auf 3 Uhr. Es scheint ihm, als wenn er nicht zu Worte kommen sollte; er wünschte Aufklärung. Gauleiter Herrmann gab zu, daß ein Versehen ihm unterlaufen sei; aber die Hauptsache sei doch, daß er zeitig mit seinen Mannen dagewesen sei; nun möge er sein Geisteslicht leuchten lassen.

Mancherlei, was Herr Breddemann schon weit besser ausgeführt hatte, das wiederholte er nochmals. Als er gar noch versuchte, der Versammlung begreiflich zu machen, daß der Tarif, den der christliche Verband abgeschlossen hat, den Steinarbeitern Vorteile gebracht habe — da gab es schallende Heiterkeit. Herr Brendel versuchte dann die Versammlung gruselig zu machen vor der Sozialdemokratie. Seine vorgebrachten Zitate und seine ganze Redeweise blieben jedoch vollständig wirkungslos. Anscheinend hatte er sein Material gar nicht geschickt; zuletzt gab er auf Zuruf bejgl. der Anfrage des Gauleiters wegen den gepumpten 21 000 Mark die Antwort: Der christliche Keram- und Steinarbeiterverband hat noch Kredit. Der Vorsitzende machte Herrn Brendel wiederholt darauf aufmerksam, daß die Redezeit abgelaufen sei, aber Herr Brendel konnte seinen Redestrom nicht bändigen. Unter stürmischer Heiterkeit und Zurufen verfiel er in der Berseftung.

Als weiterer Diskussionsredner sprach dann Genosse Förster Koblenz, der die Ausführungen der beiden christlichen

Vorredner widerlegte. Entschieden wies er den Vorwurf zurück, daß die freien Gewerkschaften religionsfeindlich seien, auch die Wirkungen der famosen Finanzreform schilderte er an recht drastischen Beispielen. Zum Schluß erwähnte er alle fernstehenden Kollegen zum Beitritt in die freie Organisation. Seine klar und logisch vorgetragenen Ausführungen fanden lebhaften Beifall in der Versammlung.

Es erhielt dann weiter Herr Ottersbach, katholischer Arbeitersekretär zu Mayen, das Wort, der in ruhiger, sachlicher Weise die Ausführungen des Referenten zu widerlegen versuchte. Er erkennt an, daß der abgeschlossene Tarif nicht vielen Vorteil der Arbeiterschaft gebracht habe, betont aber auch andererseits, daß die Vorbedingungen zu einem erfolgreicherem Vorgehen völlig fehlten. Redner empfahl zum Schluß den Beitritt in die katholischen Fachabteilungen. Seine Ausführungen, die ohne jede persönliche verletzende Form in der Diskussion erfolgten, wurden mit Beifall quittiert.

Es folgten dann noch kurze Ausführungen der Kollegen Reip aus Niedermendig, Jörgel und Herrmann. Da von den Gegnern niemand mehr das Wort wünschte, so erhielt der Referent, Herr Dr. Erdmann, das Schlusswort. Die Herren Breddemann, Brendel usw. packten schließlich ihre Mappen und wollten ausrücken, eine Handlungsweise, die vom Referenten gebührend gekennzeichnet wurde. Unter lebhaften Beifallsumgebungen wies er die Beschimpfungen und Ausführungen der Gegner zurück. Unzweifelhaft werde ja bald ein Kesselstreben gegen die freien Gewerkschaften erfolgen, aber je schlimmer eine eventuelle Bedrückung sei, um so fester müßten alle freibeitlich geeinten Kollegen zusammenstehen. Die Parole müßte jetzt lauten: Hinein in den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Deutschen Steinarbeiterverband schloß der Vorsitzende, Kollege Jakob Braun, die musterhaft geleitete Versammlung nach über fünfständiger Dauer.

Wir können zufrieden mit dem Erfolg für unsere Sache sein, so eine interessante Versammlung hat Mayen noch nicht gehabt — das war das allgemeine Urteil der Anwesenden. Mögen nun recht bald alle freibeitlich gesinnten Kollegen den Weg zu ihrer Berufsorganisation, dem Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands, finden.

Gommern.

Der Gesundheitszustand der Steinarbeiter von Gommern und Umgegend ließ von jeher viel zu wünschen übrig. Insbesondere sind es Erkrankungen der Brust und der Halsorgane, rheumatische Leiden und Verletzungen, unter denen die Arbeiter zu leiden haben. Alljährlich fordert die Lungentuberkulose eine Anzahl Opfer, zum Teil werden die Arbeiter in den blühendsten Jahren dahingerafft. Die vielen Witwen und Waisen von verstorbenen Steinarbeitern sind ein lebendiger Beweis davon. Daß es auch in der letzten Zeit mit dieser für die Arbeiter so überaus traurigen Erscheinung nicht anders geworden ist, ist aus dem Jahresbericht für 1910 der Steinbrucharbeiterkrankenkasse klar ersichtlich. Bei einem durchschnittlichen Bestand von 1000 Mitgliedern verzeichnet der Bericht 148 Erkrankungen mit 9107 Krankheitsstagen. Jedes zweite Mitglied war also einmal im Jahre 21 Tage erkrankt. An Krankenunterstützung wurden 13 532 M. ausgezahlt. Außerdem betragen die Kosten für ärztliche Behandlung, Arznei und sonstige Heilmittel, und für Kur und Verpflegung in Krankenanstalten 12 610 M.

Trotzdem die Beiträge im Berichtsjahre von 45 auf 51 Pf. festgesetzt wurden, reichten die laufenden Einnahmen zur Deckung der erforderlichen Ausgaben nicht aus. Die Kasse sah sich vielmehr genötigt, von ihrem zirka 20 000 M. betragenden Referendums rund 3000 M. abzugeben, um allen an sie gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Die gesamten Ausgaben sind von 21 724 M. im Jahre 1907 auf 30 181 M. im Jahre 1910 gestiegen. Sie haben sich also in den vier Jahren um 8257 M. vermehrt.

Angesichts dieser für eine verhältnismäßig doch kleine Krankenkasse so ungewöhnlich hohen Ziffern, die ja doch auch für unsere Organisation von Bedeutung sind, lohnt es sich doch wohl, einmal den Ursachen der vielen Erkrankungen nachzuforschen. Denn der traurige Gesundheitszustand der hiesigen Steinarbeiter muß doch in irgend etwas begründet sein. Für die Unternehmer ist die Beantwortung dieser Frage ein leichtes. Die Arbeiter sind eben Simulanten. Der Steinbruchbesitzer Schüssler, der, nebenbei gesagt, auch ein besonderer Feind von der Zahlung des Unfallzuschusses ist, meinte sogar, daß es in manchen Fällen angebracht ist, statt Unterstützung zu gewähren, eine gehörige Tracht Prügel zu verabreichen, dann würde man vielen Arbeitern das Kranksein schon austreiben. In der Tat, ein furchtbar einfaches Mittel. Nur würden wir Herrn Schüssler empfehlen, statt der jährlichen Badereise, es bei sich zuerst in Anwendung bringen zu lassen. Er würde dadurch eine Menge Geld sparen.

Durch den Kassenarzt, den der Vorstand der Kasse, um seine Meinung über das eventuelle Simulieren der Arbeiter ersuchte, wurde aber die Behauptung der Unternehmer auf das glänzendste widerlegt. Er erklärte, daß es ganz ausgeschlossen sei, daß die Arbeiter simulieren, sie sind alle krank, und er könne es als Arzt mit seinem Gewissen nicht vereinbaren, einen kranken Menschen zur Arbeit zu schicken oder gar als Simulant zu erklären. Und dieser Arzt, der bereits 25 Jahre als Kassenarzt der Steinbrucharbeiterkrankenkasse tätig ist, ist sicher in der Lage, ein maßgebendes Urteil fällen zu können. Er ist Vorsitzender des Kriegervereins Gommern, kommt also nicht in den Verdacht, ein geheimer Anhänger der Sozialdemokratie zu sein. Also, mit der Sucht der Steinarbeiter, nur krank zu sein, um sich in den Genuß der Krankenunterstützung zu setzen — die übrigens mit 9 M. die Woche in gar keinem Verhältnis zu der Höhe der Beiträge steht — ist es nichts.

Die Ursachen der vielen Krankheiten sind ganz wo anders zu suchen. Es sind die elenden Bedingungen, unter denen die Arbeiter fronen müssen, die sich durch die seit einigen Jahren in den Brüchen eingeführte Produktionsmethode, durch welche an die Leistungsfähigkeit des einzelnen bedeutend höhere Ansprüche gestellt werden, noch verschlechtert haben. Es sind die erbärmlichen Löhne, die gezahlt werden, und die dadurch bedingte Unterernährung der Arbeiter. Es ist die systematische Mißachtung der bestehenden Arbeiterschutzbestimmungen durch die Unternehmer, wodurch die Gesundheit der Steinarbeiter in geradezu frevelhafter Weise untergraben wird. Beträgt doch der Durchschnittslohn der Brecher kaum 700 M. Die Unternehmer sind allerdings der Meinung, daß die gezahlten Löhne genügend hoch seien. Der Steinbruchbesitzer Bezel, der übrigens früher schon einmal in angeblich geistiger Umnachtung einen Selbstmordversuch unternommen hat, als Steinbruchbesitzer sich aber noch vorzüglich bewährt, meinte sogar, die Arbeiter verdienen noch viel zu viel, sie sollten den Unternehmern noch dankbar sein, daß sie überhaupt beschäftigt werden. Der Unternehmer Krauß, Ortsvorsteher von Preetzen, meint dagegen, die Arbeiter seien jetzt zu miederträchtig geworden, sie wollen nur nicht mehr verdienen, nur um den Arbeitgeber zu ärgern. Sie sind zu faul.

Wie aber von den Beauftragten der Unternehmer aufgepaßt wird, daß nur ja der Profit ihrer Herren keinen Schaden erleidet, dafür nur ein Beispiel: Der Bruchmeister Bödelmann des Unternehmers W. Stiehe ließ vor kurzem die ihm unterstellten Arbeiter zusammentreten und sagte zu ihnen, daß es mit dem Fleiß und der Arbeitsleistung bedeutend besser werden müsse als bisher. Insbesondere müsse in dem vielen Aus-

treten und dem Tabakpfeifen während der Arbeit eine entsprechende Wendung eintreten. Und dann rechnete er ihnen vor, daß einige Arbeiter sich wöchentlich drei Stunden auf dem Abort aufhalten, andre dagegen wieder 1½ Stunden die Woche zum Tabakpfeifen gebrauchen. So und ähnlich wird auch in den übrigen Betrieben die „Faulei“ der Arbeiter durch ungezählte Aufpaffer überwacht.

Aber ob die Arbeiterschutzbestimmungen durchgeführt werden, oder ob die Bedürfnisanstalten, diese angeblich so beliebten Aufenthaltsorte der Arbeiter, den sanitären oder hygienischen Vorschriften entsprechen, darum kümmert sich kein Mensch. Und diese Bedürfnisanstalten gerade sind es, die einen großen Teil Schuld mit an den traurigen Gesundheitsverhältnissen der Steinarbeiter tragen. Der Zustand derselben spottet in fast sämtlichen Betrieben jeder Beschreibung. Bei der Benutzung der Aborte sind die durch die Arbeit erhitzten Körper der Arbeiter der schlimmsten Zugluft preisgegeben, und sind in ständiger Gefahr, sich diese oder jene Krankheit zuzuziehen. Zeitweise ziehen es die Arbeiter sogar vor, ehe sie durch die Benutzung der Bedürfnisanstalten ihre Gesundheit aufs Spiel setzen, ihre Notdurft im nahen Walde zu verrichten. Aber trotzdem bleiben die Unternehmer dabei, daß die Arbeiter nur darauf bedacht sind, möglichst wenig zu arbeiten, und recht oft und lange die Aborte aufzusuchen.

Und wie steht es denn mit der Einhaltung der für die Gesundheit der Arbeiter in Frage kommenden Bestimmungen der Bundesratsverordnung? Mit der Reinigung der Unterkunftsräume? Mit der Nichtbenutzung derselben als Lager- und Aufbewahrungsräume? Mit der Errichtung von Schuttdächern? Mit der Lieferung von gesundem Trinkwasser und dergleichen? Es fällt den Unternehmern gar nicht ein, diesen Bestimmungen nachzukommen. Die wiederholten Hinweise im „Steinarbeiter“, daß sie verpflichtet seien, Schuttdächer zu errichten, haben bisher nicht den geringsten Eindruck auf sie gemacht.

Was für die Unternehmer im allgemeinen gilt, durch ihre Ausbeutungsgelüste die Gesundheit der Arbeiter zu untergraben, das trifft für die Steinbruchbesitzer von Gommern in besonderem Maße zu. Sie sind nicht freizusprechen von der Schuld, durch ihr arbeiterfeindliches Verhalten den Gesundheitszustand der hiesigen Steinarbeiter so tief herabgedrückt und eine so hohe Belastung der Krankenkasse herbeigeführt zu haben. Alle Versuche, durch die Erhöhung der Löhnebeiträge oder gar Herabsetzung der Leistungen — das letztere insbesondere ist eine Lieblingsidee der Unternehmer — den Gesundheitszustand der Steinarbeiter wieder auf eine höhere Stufe zu bringen, werden nichts nützen. Es müssen hier ganz andre Mittel in Anwendung gebracht werden, um Gommern und die umliegenden Ortschaften vor dem Schicksal zu bewahren, eine durch Krankheit degenerierte Arbeiterklasse in ihren Mauern zu beherbergen. Und das Mittel ist: Angemessene Erhöhung der Löhne und Befolgung der Arbeiterschutzbestimmungen.

Schallende Ohrfeigen!

Wegen der Lebensmittelverteuerung sollten sich die Bergarbeiter bei den politischen Parteien bedanken, die dieselben verschuldet haben. Daran sei die Zechenverwaltung nicht schuld!

Diese Antwort erhielt im Ruhrrevier der Arbeiterschuß der Zeche Wilhelmine Viktoria, als er im Auftrag der Belegschaft die geforderte Lohnforderung der Bergarbeiterverbände stellte und in der letzten Ausschusssitzung begründete.

Es ist nicht das erste Mal, daß Arbeiter auf Lohnforderungen hin solche Antworten von Unternehmern oder von deren Angestellten erhalten. Noch ehe der Zechenverband die Eingaben der Verbände, wie den Bittelbrief des christlichen Gewerkevereins, beantwortete, wußte ein Zechenherr einem Mitarbeiter der Frankfurter Zeitung zu erzählen, daß die Forderungen abgelehnt würden. Dann meinte der Herr u. a.:

„Daß sich die Lebenshaltung auch im Ruhrrevier verteuert hat, ist richtig, aber darüber kann sich meines Erachtens der christliche Gewerkeverein erspriechlicher mit dem Zentrum unterhalten, als mit dem Zechenverband!“

Diese moralische Nüchternheit haben die christlichen Gewerkschaftsführer reichlich verdient, denn sie waren es, die den Lebensmittelverteilern bei der Auspönerung der Volksmassen die Steigbügel hielten. Die frommen Zollräuber stehlen, die christlichen Gewerkschaftsführer banden ihren Anhängern, den Bestohlenen, die Binde vor die Augen — fester und fester, nur damit sie die Diebe nicht erkennen sollten! Wer sich diesem Verrat der Arbeiterschaft entgegenstellte, wurde unter einer Flut von Beschimpfungen begraben. Jetzt trotzen diese Herrschaften von Ort zu Ort und klagen selbst über die Teuerung, begründen ihre Lohnforderungen mit Hinweisen auf die steigenden Lebensmittelpreise und schreien über den Hunger, den auch die christlichen Arbeiter in ihren Eingeweiden spüren, genau so wie ihre Klassenossen, die sich gegen die Volksauspönerung auflehnten und alles versucht haben, um ungerechte Volksbelastungen abzumwälzen. Heute müssen auch diese Arbeiter mit leiden, weil sich ihre Mitarbeiter im christlichen Lager nicht gegen die Verräterei ihrer Führer aufzuwaschen vermochten. Die christliche Arbeiterbewegung hat sich in den Zeiten der Zoll- und Steuerkämpfe als eine schlimme Arbeitervertretung gezeigt.

Doch nicht nur im Ruhrrevier, nein auch in andern Industriezweigen sind den Arbeitern ähnliche abweisende Antworten gegeben worden, wie dem Arbeiterschuß auf Zeche Wilhelmine Viktoria. Als die Arbeiter — vornehmlich christliche — am 15. Juli 1909 der Textilfirma Moritz Seiberg in Mühlend- Gladbach Lohnforderungen unterbreiteten und als Begründung anführten, daß nun alles wieder teurer werde, da sagte Seiberg: „Ja, da seid Ihr selber schuld, warum wählt Ihr Euch solche Vertreter, die Euch die Verteuerung machen.“

Nicht besser erging es später den christlichen Unternehmern der Textilfirma Gebroder Braunschweiger in Bocholt, als auch sie um Lohnzulage baten und auf die fortgesetzte Lebensmittelverteuerung hinwiesen. Der Fabrikant erklärte:

„Wir sind doch nicht schuld daran, daß alles teurer wird; geht doch zu Euren Arbeitern, denen Ihr die Verteuerung der Lebensmitteldürfnisse zu verdanken habt!“

Die Christlichen vermochten hierauf nichts zu antworten und zogen schweigend ab. So rächt sich das Verhalten der Christenführer. Es ist pure Hengeselei, wenn sie heute auf die schlechten Zeiten hinweisen. Sie haben es nicht anders gewollt. Man kann noch weiter gehen: die christlichen Gewerkschaftsführer haben überhaupt das Recht verwirkt, Lohnforderungen zu stellen. Denn wer sich nachfragen lassen muß, bei der Verteuerung der Lebenshaltung mitgeholfen zu haben, der kann doch nicht im Ernst über diese Verteuerung klagen. Weil es so ist, ist auch die Zedenantwort an den Arbeiterschuß nichts anderes, als ein weiterer Dieb nach den vielen schallenden Ohrfeigen, die die christlichen Gewerkschaftsführer und ihr Anhang schon für ihre verräterische Haltung erhalten haben. Das Schlimmste ist nur, wie schon gesagt, daß für ihr Recht eintretende Arbeiter für den Unversand und für den Verrat der christlichen Arbeiterbewegung und deren Drahtzieher mitblößen müssen.

Korrespondenzen.

Kappelrodek. Am 4. Februar fand im Gasthaus zur Blume eine gutbesuchte Steinarbeiterversammlung statt. Kollege Weindl erstattete den Vorstandsbericht. Es wurden im Jahre innerhalb der Zahlstelle 34 Versammlungen abgehalten. Von Leuslitz 6 waren in Kappelrodek 12, Obertrich 5, Bühlertal 5, Neufels 6 Ottenhöfen 3, Balbulm 3. Vorstandssitzungen fanden 2, Bescheidkommissionssitzungen ebenfalls 2 statt. Auch wurde eine

Rechenstunde abgehalten, in der auch der Gauleiter anwesend war. Der Gauleiter war als Referent bei den Versammlungen sechsmal, italienische Referenten viermal anwesend. In den Verband wurden 99 Kollegen aufgenommen. Der Vorsitzende erklärte, daß seit der Verschmelzung der beiden Zahlstellen Ottenhöfen und Kappelrodek der Verband gut vorwärts gekommen ist. Der Kassierer gab die Quartalsabrechnung bekannt, die von den Revisoren für richtig befunden wurde. Als 1. Vorsitzender wurde Joh. Weindl, als 2. Vorsitzender Joseph Pavesi als Kassierer Alois Steiger, als Schriftführer wurden die Kollegen Joh. Pillitt und Joseph Lang gewählt, als Revisoren Anton Benini und Laver Ertl, als Beisitzer Joseph Diebl, Carlo Jolly, Bescheidkommission Joseph Bacoli Attilio Ambrosetti, Ludwig Schmoller, Johann Luchner. Im Verschiedenen wurde das saumfeilige Beitragszahlen gerügt; es wurden die Plagkassierer aufgefordert, mehr Ordnung zu schaffen. Auch wurde von verschiedenen Kollegen beanstandet, daß auf einigen Plätzen nicht nach Tarif bezahlt wird; es sollen die Kollegen mehr Interesse dafür bekunden und ihre Arbeit nicht unter Tarif anfertigen kritisiert wurde ferner, daß das Leben der Arbeiter im Steinbruch Wolfsbrunn, Betrieb Seebach (Theile, Granitwerk) jeden Tag auf dem Spiele stände. In letzter Zeit sind mehrfach Steine vom Felsen abgestürzt; durch Glück kamen die Arbeiter stets mit dem Schreden davon. Wir müssen deshalb immer wieder fragen, wo bleiben die Bruchkontrollen?

Kiel. Am 7. Februar tagte im Gewerkschaftshaus unsere Mitgliederversammlung, welche recht gut besucht war. Zwei Kollegen wurden wieder neu aufgenommen; beide haben schon dem Steinarbeiterverband angehört und wurden laut Status zu acht Wochen Beitragsnachzahlung verpflichtet. Zu Punkt 2 erteilte Kollege v. Berg den Kartellbericht. Darauf erstattete der Kassierer den Kassenbericht vom 4. Quartal sowie die Jahresabrechnung; es ist ein Kassenbestand von 2257.13 M. vorhanden. Kollege Bones als Revisor sowie der Vorsitzende teilen mit, daß Bücher und Kasse revidiert und alles in besserer Ordnung vorgefunden ist, worauf dem Kassierer Decharge erteilt wird. Zu Punkt 4, örtliche Angelegenheiten, wird die Lage des schon seit langem kranken Kollegen Hartwig nochmals zur Sprache gebracht, da selbiger nur eine monatliche Rente von 19 M. von der Invalidität bekommt. Beschlossen wurde, eine Sammelliste für den kranken Kollegen anzulegen zu lassen. Ferner teilt der Vorsitzende in bezug auf unsere Lohnbewegung mit, daß wir noch auf demselben Fied stehen wie im Oktober; damals teilten uns die Unternehmer mit, daß es ihnen unmöglich wäre, unsere gestellten Forderungen zu akzeptieren, sie würden eine Kommission wählen und uns ihre Zugeständnisse in nächster Zeit mitteilen. Trotzdem nun aber schon 18 Wochen verstrichen sind, ist noch keine Zeile wieder erschienen. Ansehens beabsichtigen die hiesigen Unternehmer, bis zum 1. April alles Mögliche und Unmögliche fertigzuschaffen, so z. B. geniert die Firma Möhler sich durchaus nicht, zeitweise ihre Schleifer auch noch des Nachts durcharbeiten zu lassen. Dieses Verlangen der Firma ist scharf zu verurteilen, aber auch von den betreffenden Kollegen sollte man in Anbetracht der jetzigen Situation etwas mehr Organisationsbewußtsein erwarten und die Ueberstunden möglichst einschränken. Nicht besser steht es bei der Firma Schlauch aus, selbige entlohnt einige ihrer Steinmehrer nach eigener Willkür, statt einen tarifmäßigen Lohn von 67 Pf. zahlt sie einen solchen von 65, 62, ja sogar einen mit 50 Pf. die Stunde, trotzdem diese Kollegen weit mehr wie den tarifmäßigen Lohn verdienen. Ebenso steht es mit der Arbeitszeit, einmal 9, dann 8, zur Abwechslung auch mal 6½ Stunden, wie es der Firma nun gerade paßt. Auch die Firma Petersen verdient mal an die Deffentlichkeit gegogen zu werden, einige Kollegen, welche außerhalb Kiels arbeiteten und denen vom Polier gesagt worden war, auch am Sonntag dort zu bleiben, wurde für diesen Tag die tarifmäßige Zulage von 2 M. vorenthalten; die betreffenden Kollegen wollen nochmals vorstellig werden. Einige junge Kollegen, welche schon früher in Kiel tätig waren und von unserer Lohnbewegung wußten, haben sich veranlaßt, ihre Arbeitskraft den hiesigen Unternehmern wieder anzubieten, womit sie auch Erfolg hatten, ihr Verhalten wurde von der Versammlung nicht gerade als eine Ruhmestat angesehen. Nachdem der Vorsitzende daran erinnert hatte, daß zum 15. d. M. der Beitrag zur Krankenunterstützungsliste fällig ist, war Schluß der Versammlung.

Koblenz. Am 29. Januar fand im Bockchen Gasthaus zu Anfang unsere Generalversammlung statt. Im ersten Punkt gab der Vorsitzende einen kurzen Ueberblick über das vergangene Jahr. Zum 2. Punkt gab der Kassierer die Abrechnung vom 3. und 4. Quartal bekannt. Bücher und Kasse sind in muster-gültiger Ordnung vorgefunden. Neuwahl der Vorstandsmittglieder: 1. Vorsitzender Jos. Meß wiedergewählt, 2. Vorsitzender Michel Niedenhöfer, Kassierer Johann Alen, Plagkassierer Joh. Trübacher, beide wiedergewählt, als Revisoren Jakob Spreizer und Jos. Eschl; als Statistiker wurde Kollege Michel Rothmeier gewählt. Im Punkt Verschiedenes wurde der Antrag gestellt, den Kollegen Joh. Kraus wegen Interesselosigkeit zu streichen, was auch einstimmig angenommen wurde, ferner wurde durch einige Kollegen betont, daß das Kollegialitätsgefühl noch viel zu wünschen übrig läßt. Zum Schluß legte der Vorsitzende den anwesenden Kollegen klar, wie notwendig es ist, gewerkschaftlich organisiert zu sein, leider sind es noch viele Kollegen, die dem Verbande fernstehen. Das letzte halbe Jahr hat die Mitgliederzahl von 72 auf 117 gebracht, auch der Versammlungsbesuch soll im heurigen Jahr ernster genommen werden, als im vergangenen.

Literarisches.

Stil- und Formenlehre für Handwerker von F. Richter. (Verlag von Max Kellerers Hofbuchhandlung in München. 1911). 46 Seiten und 300 Abbildungen auf 47 Tafeln 2 Mark.

Die Erkenntnis, daß es nicht erspriechlich sei, den Handwerker einfach nur zum Handwerker des Musterzeichners oder Raumkünstlers zu machen, hat zu einer Reorganisation unserer Gewerbe- und Fortbildungsschulen geführt. In diesen wird nun mit Recht angestrebt, daß der Handwerker, gleichwie keine Vorfahren, auch aus Eigenem heraus schaffen, die erlernte Technik also künstlerisch praktisch ohne Zuhilfenahme eines Dritten verwerten kann. Dazu ist aber die Kenntnis der vorausgegangenen Stilformen unerlässlich, denn selbst wenn wir in der Zukunft zu einem wirklich neuen Architekturstil gelangen, so wird ein früherer dessen Fundament sein und Restaurierungs- oder Ergänzungsarbeiten an alten Objekten immer zu deren Stilkenntnis zwingen. Es gibt nun sehr umfangreiche Stillehren so gut wie deren Gegenteil. Doch jene nützen dem Handwerker nichts, weil sie über sein Fassungsvermögen weit hinausgreifen, die lange Frequenz einer Baugewerk- oder Kunstgewerbeschule voraussetzen. Die andern haben spekulativ jene Laienkreise im Auge, deren Angehörige in Gesellschaft doch auch ein bißchen Kunstverständnis zeigen und zu dessen Befestigung einige technische Ausdrücke kennen wollen. Auch diese nützen dem Handwerker blutwenig, zu ihm muß in seiner schlichten Werkstattsprache geredet, der Begriff von dem und jenem, dessen Warum klar gemacht werden. Dies ist in dem Büchlein angestrebt und das Wort wird durch eine reiche Anzahl von guten und charakteristischen Abbildungen auf 47 Tafeln unterstützt. Das Büchlein wird dem Bauhandwerker jeder Art namentlich auf dem Lande ein guter Freund und Berater sein, ihm manche Anregung „zum Sehen“ geben. Die Innenarchitektur soll folgen.

Der Klassenkampf des Proletariats. Von Parvus. Die unter diesem Gesamttitel erschienenen 6 Broschüren sind nunmehr zu einem Bande vereinigt im Verlage der Buchhandlung Vorwärts zur Ausgabe gelangt. Besonders die Brosch. 3 M. gebunden 3.50 M. Zu haben in allen Buchhandlungen und Expeditionen.